

Entwicklungspolitischer Rundbrief Nr. 18/8

Heike Hänsel

MdB DIE LINKE, entwicklungspolitische Sprecherin,
Vorsitzende des Unterausschusses Vereinte
Nationen, Internationale Organisationen und
Globalisierung im Auswärtigen Ausschuss



Niema Movassat

MdB DIE LINKE, Sprecher für Welternährung und
Obmann im Ausschuss für Wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung



Berlin, den 30.9.2014

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

auf die Kriege in Syrien, im Irak und in der Ukraine mit Hunderttausenden von Flüchtenden reagiert die Bundesregierung in ihrem Haushaltsentwurf 2015 nicht mit mehr, sondern mit weniger Geld für humanitäre Hilfe. Der Etat für die Entwicklungszusammenarbeit stagniert. Auch auf die Ebola-Epidemie in Westafrika hat die Bundesregierung sehr zögerlich reagiert.

Das internationale 0,7-Prozent-Ziel für die Entwicklungsfinanzierung wird von dieser Bundesregierung nicht ernsthaft verfolgt. Es gerät außer Reichweite. Ein anderes Ziel – das 2-Prozent-Ziel der Nato für die Aufrüstung ihrer Mitgliedstaaten – rückt dagegen in den Mittelpunkt. Aufrüstung als Antwort auf die aktuellen Krisen – das lehnt die Linksfraktion ab. Wir fordern stattdessen mehr zivile Hilfe für die Flüchtenden, Stopp von Waffenexporten und diplomatische Initiativen für politische Lösungen der Konflikte.

Eine andere Handelspolitik wäre ein entscheidender Beitrag zur derzeitigen Diskussion um nachhaltige Entwicklungsziele nach 2015. Leider hat die EU eine andere Weichenstellung vorgenommen und zuletzt mit erheblichem Druck den Abschluss von Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit mehreren afrikanischen Staaten durchgesetzt. Die Linksfraktion hat dies kritisiert und gemeinsam mit der Grünen-Fraktion einen Antrag auf Verhandlungs- und Ratifizierungsstopp eingebracht.

Heike Hänsel, Niema Movassat, Alexander King, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Inhalt dieser Ausgabe:

Ebola (ab S. 3)

Rede von Niema Movassat (24.9.2014): Ebola-Epidemie – die Bundesregierung muss endlich handeln

Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE (23.9.2014) zu der vereinbarten Debatte Deutschlands Beitrag zur Eindämmung der Ebola-Epidemie

Haushalt 2015 (ab S. 10)

Rede von Heike Hänsel (10.9.2014): Frieden ist die beste Entwicklungspolitik

Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (ab S. 13)

Rede von Heike Hänsel (26.9.2014): Soziale Ungleichheit ist die größte Herausforderung

Antrag der Fraktionen DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen (23.9.2014): Wirtschaftspartnerschaftsabkommen stoppen – Für neue Verhandlungen ohne Druck und Fristen

Syrien (ab S. 19)

Bericht von Heike Hänsel (22.9.2014): Erdoğan, Grenze auf!

Rede von Heike Hänsel (25.9.2014): Türkische Grenze für Flüchtlinge öffnen – politische Lösung für die Gesamtregion

Grüne Zentren (ab S. 23)

Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE und Antwort der Bundesregierung (15.8.2014): Grüne Zentren als Strategie zur nachhaltigen Hungerbekämpfung und ländlichen Entwicklung

Ebola-Epidemie – die Bundesregierung muss endlich handeln

Rede des Abgeordneten Niema Movassat, Obmann der Fraktion DIE LINKE im Entwicklungsausschuss, in der vereinbarten Debatte über den deutschen Beitrag zur Eindämmung der Ebola-Epidemie:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vor kurzem sagte Außenminister Steinmeier, Deutschland sei Motor im Kampf gegen Ebola. Das muss aber ein Motor sein, bei dem einige Schrauben locker sitzen. Bis letzte Woche ist er gar nicht angesprungen. Viel Starthilfe war nötig. Und heute bewegt er sich immer noch im Schrittempo.

Viele Hilfsorganisationen weisen schon länger darauf hin, wie ernst die Lage in Westafrika ist, dass ganze Staaten wie Sierra Leone und Liberia vor dem Zusammenbruch stehen. Ärzte ohne Grenzen hat schon am 23. Juni das erste Mal davor gewarnt, dass die Lage außer Kontrolle zu geraten droht. Dennoch unternahm die Bundesregierung lange so gut wie nichts. Kollege Brand von der CDU/CSU, Vorsitzender des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, hat recht, wenn er im *Spiegel* sagt:

Wenn wir ehrlich zu uns sind, müssen wir eingestehen: Wir sind zu spät dran.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Deshalb ist nicht Eigenlob angebracht, sondern Selbstkritik.

(Beifall bei der LINKEN)

Als die Präsidentin Liberias letzte Woche ihren dramatischen Appell an Frau Merkel schrieb, hatte Deutschland bis dahin gerade einmal 2,7 Millionen Euro zugesagt. Die USA hatten da bereits über 140 Millionen Dollar bereitgestellt. Laut Weltgesundheitsorganisation hat den wertvollsten Beitrag zur Ebolabekämpfung das arme Kuba zugesagt, die Entsendung von 165 Ärzten und Pflegern. Deutschland aber, die viertgrößte Wirtschaftsnation der Welt, steht immer noch auf der Bremse.

Vor wenigen Tagen hat die Bundesregierung ihre konkreten Maßnahmen gegen die Ebolaepidemie vorgestellt. Ich lese einmal vor: Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe kann bei Bedarf kurzfristig umfangreiche medizinische Ausrüstung zur Verfügung stellen. Das THW wird sich nach Bedarf an der logistischen Unterstützung der Hilfsmaßnahmen beteiligen.

Liebe Bundesregierung, „bei Bedarf“ und „kann“ - in Westafrika tobt die größte Ebolaepidemie aller Zeiten. Über 2 800 Menschen sind schon gestorben. Die Helfer müssen Infizierte an den Türen der Krankenhäuser abweisen, weil es keine freien Betten mehr gibt. Pessimistische Schätzungen sprechen mittlerweile sogar von bis zu 1,4 Millionen Infizierten bis Januar 2015. Zudem droht eine Hungersnot.

Die Weltgesundheitsorganisation vergleicht die Lage mit dem Tsunami 2004 und dem Erdbeben in Haiti. Bei beiden Katastrophen gab es Hunderttausende Tote. Welche Bedarfsprüfung brauchen Sie noch? Worauf warten Sie? Handeln Sie endlich!

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen aber auch über die grundlegenden Ursachen dieser humanitären Katastrophe spre-

chen. Dass die Lage in Sierra Leone, Guinea und Liberia dermaßen außer Kontrolle geraten konnte, hat auch mit politischen Fehlern Deutschlands zu tun;

(Lachen des Abg. Charles M. Huber (CDU/CSU))

denn auch deutsche Pharmaunternehmen forschen vor allem an profitträchtigen Medikamenten für reiche Industrieländer. Käme Ebola nicht nur in armen afrikanischen Staaten vor, es gäbe seit Jahren einen Impf- oder Wirkstoff gegen das Virus.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Nur 10 Prozent der globalen Forschungsausgaben beziehen sich auf Krankheiten, die 90 Prozent zur globalen Krankheitslast beitragen. Die Pharmabranche investiert doppelt so viel Geld in Marketing wie in Forschung. Gesundheit ist aber keine Ware. Wir dürfen die Erforschung von lebenswichtigen Medikamenten nicht allein der Privatwirtschaft überlassen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zudem fördert Deutschland bis heute Privatisierungen im Gesundheitsbereich auch in Entwicklungsländern. Das erschwert aber den Aufbau funktionierender staatlicher Gesundheitssysteme. In Nigeria gab es Ebolafälle bereits in der Millionenstadt Lagos, wo eine Ausbreitung des Virus in den Slums eigentlich auf optimale Bedingungen trifft. Dennoch hat es sich dort bisher nicht weit verbreitet. Weshalb? Weil es in Nigeria ein wesentlich besseres staatliches Gesundheitssystem gibt als in Liberia und Sierra Leone. Deshalb: Schluss mit Privatisierungen im Gesundheitsbereich!

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es fehlt auch an Geld. Seit Jahren gibt es die Forderung von Nichtregierungsorganisationen, mehr Geld für globale Gesundheit auszugeben. 0,1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes sollen reiche Staaten dafür aufwenden. Die Ausgaben für globale Gesundheit betragen seitens Deutschlands zuletzt aber nur 0,03 Prozent. Das ist selbst im europäischen Vergleich nur absolutes Mittelmaß.

Außerdem hat Deutschland seinen Finanzierungsbeitrag für die Weltgesundheitsorganisation WHO immer weiter zurückgefahren: von 33 Millionen Euro 2006 auf heute noch 24 Millionen Euro. Insgesamt hat die WHO in den letzten Jahren ein Fünftel ihrer Finanzmittel verloren. Die WHO hat deshalb für ganz Afrika nur noch drei Spezialisten für Epidemien im Einsatz. Die Zahl der Mitarbeiter für Notfälle in der Zentrale ist von 100 auf 34 geschrumpft. Wäre die WHO handlungsfähiger gewesen, hätte die Ebolaepidemie vielleicht rechtzeitig gestoppt werden können. Deutschland muss seinen WHO-Beitrag deutlich erhöhen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die jetzige Krise sagt aber auch einiges über die Prioritätensetzung der Bundesregierung aus. Seit Monaten hören wir vom Bundespräsidenten und von Regierungsmitgliedern viel über die gewachsene internationale deutsche Verantwortung. Dass Sie diese Verantwortung vor allem als militärische verstehen, zeigt sich nun wieder; denn jetzt, im historischen Fall einer im 21. Jahrhundert nur wenige Tausend Kilometer von Europa eskalierenden Seuche, hätten Sie die Gelegenheit gehabt, wahrhaft internationale Verantwortung zu übernehmen: massenhaft Menschenleben zu retten, ohne die Gefahr einzugehen, dabei Unschuldige zu töten.

Sie aber liefern lieber für 70 Millionen Euro Waffen in den Irak. Dort werden diese Jahrzehnte im Umlauf sein und Schaden anrichten. Für die Bekämpfung von Ebola haben Sie in den drei Monaten seit der ersten Katastrophenmeldung nicht einmal die Hälfte dieser Mittel bereitgestellt, und das auch erst nach langem Zögern. Bei den Waffenlieferungen ging alles ganz schnell.

(Beifall bei der LINKEN)

So eine Außenpolitik, die dem Militärischen den Vorrang vor dem Humanitären gibt, kann man nur noch als zynisch bezeichnen.

(Beifall bei der LINKEN - Thomas Stritzl (CDU/CSU): Sind Sie sicher, dass Sie diese Rede so halten wollten?)

Nun ging ja der Aufruf an Bundeswehrangehörige, sich freiwillig für einen Hilfseinsatz zu melden. Aber wieso ging der Aufruf nur an Bundeswehrangehörige? Die Bundesregierung muss einen Aufruf an das gesamte in staatlichen Einrichtungen beschäftigte medizinische Personal richten; denn die Profis, die helfen können, sitzen in den Tropeninstituten. Es braucht schnell einsetzbares Personal; denn vor Ort gibt es zu wenig Ärzte und Pfleger.

Als die Seuche ausbrach, gab es für die 10 Millionen Einwohner Liberias und Sierra Leones gerade einmal 170 Ärzte. Wer sich freiwillig meldet, braucht klare und sichere Rahmenbedingungen. Eine zeitlich begrenzte Freistellung und finanzielle Anreize sind wichtig, um die nötigen Kräfte zu mobilisieren, aber auch die Gewährleistung, ausgeflogen zu werden, falls man sich ansteckt; denn unzählige Helfer haben sich beim Versuch, Leben zu retten, mit Ebola angesteckt und sind selbst gestorben.

Ich muss hier eine Selbstverständlichkeit deutlich sagen: Humanitäre Katastrophenhilfe ist nicht Aufgabe der Bundeswehr. Die Hilfsorganisation medico international hat vor kurzem erklärt, dass ziviles Personal leichter das Vertrauen der Bevölkerung gewinnt. Vertrauen ist ein ganz entscheidender Faktor bei einer Erkrankung wie Ebola, die die Menschen bisher nicht kennen und die so massiv Todesopfer fordert. Es kann nicht sein, dass bei humanitären Katastrophen immer der Ruf nach dem Militär kommt. Soldaten sind keine humanitären Helfer.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir brauchen deshalb endlich zivile Krisenreaktionskräfte, die über ausreichende Ressourcen verfügen, um jederzeit überall auf der Welt helfen zu können: mit eigenen mobilen Krankenhäusern, medizinischem Personal, Flugzeugen, Schiffen, Helikoptern, Räumgeräten und allem, was sonst noch dazugehört.

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung von Frau Pfeiffer?

Niema Movassat (DIE LINKE):

Ja, bitte schön.

Sibylle Pfeiffer (CDU/CSU):

Herr Kollege Movassat, ich habe nur eine kurze Frage: Meinen Sie nicht, dass es Ihnen, wenn Sie mit Ebola infiziert sind und dringend auf Hilfe warten, völlig egal ist, wer Ihnen hilft, ob das ein Bundeswehrsoldat ist oder ob er vielleicht aus einem Krankenhaus wie der Charité kommt? Mir persönlich wäre das, um ehrlich zu sein, ziemlich egal.

(Kathrin Vogler (DIE LINKE): Ein Arzt wäre schon nicht schlecht, an und für sich! - Zuruf von der LINKEN: Ärzte wären schon besser!)

Niema Movassat (DIE LINKE):

Frau Kollegin Pfeiffer, ich habe nichts dagegen gesagt, dass man den Aufruf in der Bundeswehr gestartet hat. Das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt, es wäre richtig, den Aufruf an das gesamte medizinische Personal in allen staatlichen Einrichtungen zu richten. An sie müsste der Appell gerichtet werden. Dann habe ich gesagt, dass in der Abwägung ziviles Personal, wenn möglich, immer besser ist als militärisches. Ich habe die Frage beantwortet.

(Beifall bei der LINKEN)

Zu dem, was akut zu tun ist, hat die Linke in ihrem Entschließungsantrag viele Vorschläge gemacht. Am wichtigsten ist es derzeit, nach kubanischem Vorbild medizinisches Fachpersonal zu entsenden, außerdem Isolierstationen zu liefern und zu betreiben und die Finanzausgaben auf 100 Millionen Euro zu erhöhen.

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Herr Kollege, denken Sie bitte an Ihre Redezeit.

Niema Movassat (DIE LINKE):

Ja. - Wenn die pessimistischen Prognosen stimmen sollten, stehen wir vor einer Seuche, wie es sie seit Jahrhunderten nicht gegeben hat. Der Präsident von Ärzte ohne Grenzen sagte heute, dass es nicht mehr um Wochen und Monate, sondern um Stunden und Tage geht. Ich appelliere daher an die Bundesregierung: Handeln Sie jetzt!

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Deutscher Beitrag zur Eindämmung der Ebola-Epidemie

Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zu der vereinbarten Debatte

– Drucksache 18/2608 –

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die derzeitige Ebola-Epidemie in Westafrika ist die schwerste seit der Entdeckung des Virus im Jahr 1976 und droht auf weitere Länder überzugreifen. Die Zahl der Infizierten steigt mittlerweile exponentiell und ist ebenso wie die Zahl der Todesopfer mit einer hohen Dunkelziffer verbunden. Schätzungen sprechen heute von rund 4 800 Infizierten und 2 400 Toten. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) richtet bereits seit Wochen dramatische Appelle an die internationale Gemeinschaft und fordert eine angemessene Reaktion auf die aktuelle Krise. Laut WHO könnte der jetzige Ebola-Ausbruch Auswirkungen wie der Tsunami von 2004 oder das Erdbeben auf Haiti 2010 erreichen. Damals starben rund 230 000 beziehungsweise 316 000 Menschen.

Guinea, Sierra Leone und Liberia zählen zu den am wenigsten entwickelten Staaten der Welt und sind am stärksten von der Epidemie betroffenen. Ihre Gesundheitssysteme stehen unmittelbar vor dem Kollaps. Das medizinische Personal arbeitet unter Einsatz des eigenen Lebens unter schwierigsten Bedingungen gegen das hochansteckende Virus. Mindestens 256 Ärztinnen und Ärzte sowie Krankenschwestern und Pfleger haben sich offiziell bisher infiziert, 134 sind gestorben. Es fehlt an technischen Mitteln und Erfahrung, um Isolationsmaßnahmen auch in abgelegenen Regionen und unter großer Hitze umfassend zu gewährleisten.

Vielerorts mangelt es selbst an rudimentärer Aufklärung. Wie Hilfskräfte vor Ort berichten, schürt das gleichzeitige Auftreten der ersten Toten mit den Ärzteteams in Schutzanzügen und mobilen Isolationsstationen in vielen Fällen großes Misstrauen. Kranke werden unter Quarantäne gestellt und verlassen diese wegen der hohen Sterblichkeitsrate selten wieder lebend. Die Toten dürfen wegen der großen Infektionsgefahr nicht einmal von den Angehörigen beerdigt werden. Maßnahmen wie die geplante viertägige landesweite Ausgangssperre in Sierra Leone, um in jedem Haus nach Infizierten zu suchen, können sich als kontraproduktiv herausstellen, weil sie das Vertrauen der Bevölkerung weiter erschüttern.

Wie auch bei anderen Krankheiten, von denen nur arme Länder betroffen sind, hat die Pharmaindustrie in der Vergangenheit viel zu wenig in die Erforschung von Medikamenten und Impfstoffen gegen Ebola investiert. So existieren zwar schon Mittel gegen das Virus, sind aber bisher nicht klinisch an Menschen getestet und deshalb nicht flächendeckend einsatzbereit. In Einzelfällen sind sie trotzdem bereits zur Rettung von infiziertem Pflegepersonal eingesetzt worden. Der Einsatz ungetesteter Mittel und die extrem selektive Auswahl der Empfängerinnen und Empfänger sind höchst umstritten.

Fehlendes medizinisches Fachpersonal stellt im Augenblick das größte Hindernis für eine erfolgreiche Bekämpfung der Ebola-Epidemie dar. Ungeklärte Rahmenbedingungen erschweren freiwilligen Ärztinnen und Ärzten, Pflegerinnen und Pflegern aus Deutschland einen Einsatz vor Ort erheblich oder machen ihn unmöglich. Spezialistinnen und Spezialisten insbesondere der Tropenmedizin sind in Deutschland meist in staatlichen Einrichtungen angestellt und könnten für freiwillige Hilfseinsätze dementsprechend frei gestellt werden. Für den Fall einer Infektion brauchen Helferinnen und Helfer eine Garantie, dass ihnen die bestmögliche medizinische Betreuung zur Verfügung steht und sie notfalls unbürokratisch nach Deutschland ausgeflogen werden können. Gesicherte Rahmenbedingungen erleichtern die Mobilisierung von medizinischem Personal für den Kampf gegen die Ebola-Epidemie entscheidend.

Auch aufgrund von Kürzungen der deutschen Beiträge musste die WHO in den letzten Jahren ein

Fünftel ihres Haushaltes einsparen. Die WHO hat deshalb aktuell für ganz Afrika nur noch drei Spezialisten für Epidemien im Einsatz. Das Personal in der Genfer Zentrale für Notfälle der WHO ist von 100 Personen auf 34 geschrumpft.

Durch das grassierende Virus ist die Wirtschaft in Teilen der betroffenen Länder bereits weitgehend zusammengebrochen, ausländische Firmen haben die Arbeit eingestellt. Immer mehr Fluglinien fliegen die betroffenen Länder nicht mehr an. Die Nahrungsmittelproduktion ist auf rund 40 Prozent des Vorjahresniveaus gesunken, weil anstehende Ernten nicht eingeholt werden können. Hilfsorganisationen rechnen ab März 2015 mit einer Hungersnot, die Lebensmittelpreise sind bereits massiv gestiegen. Zusätzlich zur medizinischen humanitären Hilfe brauchen die Menschen deshalb dringend Nahrungsmittel- und die betroffenen Staaten Finanzhilfen.

Einige betroffene Staaten haben bereits gewarnt, ihre staatliche Existenz sei durch die Verbreitung des Virus gefährdet. Der Weltsicherheitsrat hat Ebola als Gefahr für die internationale Sicherheit eingestuft.

Die Bundesregierung hat bisher lediglich etwa 12 Mio. Euro zur Bekämpfung der Epidemie zur Verfügung gestellt. Alleine die private Bill & Melinda Gates Stiftung hat angekündigt, 50 Mio. US-Dollar, also rund das Vierfache des deutschen Beitrags, bereitzustellen. Laut WHO besteht ein Finanzbedarf von einer Milliarde US-Dollar, um die Ausbreitung des Virus zu stoppen. Neben finanziellen Hilfen müsste Deutschland insbesondere in den Bereichen Schulung von Pflegepersonal im Umgang mit medizinischen Isolationsmaßnahmen, Entsendung von Fachkräften und Behandlung von Infizierten in Deutschland, Bereitstellung von Desinfektions- und Quarantänemitteln sowie Nahrungsmittelhilfen seine Unterstützung deutlich ausbauen.

Nach Angaben der WHO entsendet Kuba mit 165 Ärztinnen und Ärzten, Krankenschwestern und -pflegern das größte Kontingent an zivilen Helferinnen und Helfern. Die Bundesrepublik als viertgrößte Wirtschaftsnation der Welt muss endlich einen ihrer Wirtschaftskraft angemessenen Beitrag gegen die historische Gesundheitskrise leisten. Deutschland benötigt dringend eine international handlungsfähige zivile Katastrophenschutzorganisation, die über die nötigen Ressourcen verfügt, um jederzeit weltweit auf Hunger-, Gesundheits- und Naturkatastrophen aller Art reagieren zu können. Dies ist nicht Aufgabe der Bundeswehr.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. angesichts der Ebola-Epidemie in Westafrika der humanitären internationalen Verantwortung Deutschlands gerecht zu werden;
2. die Dimension der aktuellen Ebola-Epidemie als eine historische Zäsur im modernen internationalen Gesundheitsnotfallmanagement zu begreifen und mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu ihrer Bekämpfung beizutragen;
3. zur Umsetzung der von der WHO vorgelegten Roadmap unverzüglich einen finanziellen Beitrag in Höhe von mindestens 100 Mio. Euro zur Verfügung zu stellen;
4. den gesamten Katastrophenschutzapparat der Bundesrepublik daraufhin zu überprüfen, welchen Beitrag dieser zur Bekämpfung der Epidemie leisten kann und diesen entsprechend unverzüglich anzuordnen;
5. für in staatlichen Einrichtungen angestelltes Fachpersonal unverzüglich feste Rahmenbedingungen für den freiwilligen Einsatz in den von Ebola betroffenen Ländern zu schaffen um nach kubanischem Vorbild möglichst viele Ärztinnen und Ärzte, Pflegerinnen und Pfleger aus Deutschland für die Bekämpfung der Epidemie vor Ort zu mobilisieren;
6. eine international handlungsfähige zivile Katastrophenschutzorganisation aufzubauen, die über die nötigen Ressourcen verfügt, um jederzeit weltweit auf Hunger-, Gesundheits- und Naturkatastrophen aller Art reagieren zu können;

7. einen angemessenen finanziellen Beitrag zur Finanzierung der WHO zu leisten, damit sie zukünftig schneller auf internationale Gesundheitskrisen reagieren kann;
8. Flugzeuge und Personal zur Einrichtung einer humanitären, zivilen Luftbrücke zur Verfügung zu stellen, um den Rückzug internationaler Fluggesellschaften aus den von Ebola betroffenen Staaten Westafrikas zu kompensieren und einen zuverlässigen Transport von Hilfspersonal und -gütern in die Region auch weiterhin sicherzustellen;
9. Finanzhilfen für die am stärksten von der Ebola-Krise gezeichneten Volkswirtschaften zur Verfügung zu stellen;
10. mit Hilfe der Durchführungsorganisationen und Partner der deutschen Entwicklungszusammenarbeit verstärkte Sensibilisierungs- und Hygienekampagnen im Bildungs- und Gesundheitsbereich in den betroffenen Ländern einzuleiten;
11. gemeinsam mit dem Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen geeignete Maßnahmen gegen die sich abzeichnende Hungersnot in Westafrika zu beraten und entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen;
12. in Deutschland und vor Ort Schulungen von medizinischem Personal im Umgang mit Quarantänemaßnahmen und Infektionsschutz durch staatliche Einrichtungen und Personal anzubieten;
13. die öffentliche Forschung an Wirk- und Impfstoffen gegen das Ebola-Virus und die Durchführung von klinischen Testreihen an Menschen bei Mitteln, die sich bereits in der Entwicklung befinden, zu beschleunigen und dafür gegebenenfalls Sondermittel zur Verfügung zu stellen;
14. den Bundesländern einen Abschiebestopp für Menschen aus Deutschland in die von der Ebola-Epidemie betroffenen Staaten zu empfehlen;
15. vorrangig durch eigenes, vorbildliches Handeln weitere Staaten im Rahmen der EU, der Vereinten Nationen sowie der G7 zu einem möglichst engagierten Einsatz zu motivieren.

Frieden ist die beste Entwicklungspolitik

Rede von Heike Hänsel, entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zur 1. Lesung des Haushaltsentwurfs für 2015:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister Müller,

Sie haben die globalen Herausforderungen und die großen Krisen, mit denen wir derzeit konfrontiert sind, angesprochen. Sie bilden sich aber leider überhaupt nicht in diesem Haushaltsentwurf ab; Sie selbst haben das erwähnt. Ich denke, Sie können mit diesem Haushalt überhaupt nicht zufrieden sein. Alle, die sich für Entwicklung einsetzen, müssen diesen Haushaltsentwurf eigentlich ablehnen.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Sascha Raabe (SPD))

Ich muss dazusagen: Es klingt in unseren Ohren schon fast wie blanker Hohn, wie Herr Schäuble die schwarze Null gepriesen hat. Sie sei kein Selbstzweck, sondern ein Zeichen der Verlässlichkeit, sagte er und fügte hinzu: Wir halten unsere Versprechen. - Da frage ich mich natürlich: Welche Versprechen hält er denn? Vielleicht hält er das Versprechen der Haushaltsdisziplin. Aber das jahrzehntelange Versprechen, endlich 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens - das ist wahrlich nicht viel - für Entwicklung auszugeben, haben wir wieder deutlich verfehlt; ich finde, das ist beschämend.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Sascha Raabe (SPD))

Wir sind mit ungefähr 0,38 Prozent meilenweit davon entfernt. Da der Aufwuchs fast null beträgt, wird die ODA-Quote sogar zurückgehen. Haushaltsdisziplin wird also sowohl in Deutschland als auch weltweit auf Kosten der sozialen Gerechtigkeit durchgesetzt. Die schwarze Null steht über allem. Das lehnen wir ab.

(Beifall bei der LINKEN)

Natürlich muss ich in diesem Zusammenhang auch neue Versprechen, die gemacht werden, erwähnen; auch das war heute schon Thema. Die NATO-Mitgliedstaaten haben sich auf Rüstungsausgaben in Höhe von 2 Prozent des Bruttonationaleinkommens geeinigt. Das ist dann natürlich der Gipfel. Frau von der Leyen sagt ja: So viel Geld wollen wir insgesamt nicht ausgeben. - Aber es steht fest: Es wird deutlich mehr Geld für Rüstung geben und viel zu wenig Geld für Entwicklung. Diese Politik unterstützen wir nicht.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Denn sie ist auch mit einer weiteren Militarisierung verbunden, mit Aufrüstung.

Wir erleben ja, das war heute auch Thema, wie die NATO auch im Ukraine-Konflikt agiert. Für uns ist das eine Politik der Eskalation. Man muss sich vorstellen, dass derzeit ein breit angelegtes NATO-Manöver auch in der Ukraine stattfindet, in einem Land, in dem Krieg herrscht und wo wir Zeichen des Dialogs bräuchten und keine Zeichen militärischer Stärke.

Es soll eine neue Eingreiftruppe mit erhöhter Einsatzbereitschaft eingerichtet werden, die Präsenz

der NATO-Truppen in den osteuropäischen Ländern soll ausgebaut werden usw.

Aus gutem Grund fordert die Linke die Auflösung der NATO - genauso, wie der Warschauer Pakt aufgelöst wurde. Wir brauchen zivile Sicherheitsstrukturen, die gegenseitiges Vertrauen, den Interessenausgleich fördern, um gemeinsam die Probleme, die Sie, Herr Müller, hier angesprochen haben, zu bewältigen. Das ist in unseren Augen die große Zukunftsaufgabe: dass wir die NATO überwinden

(Beifall bei der LINKEN)

und diese Politik der Militarisierung.

Konfliktursachen können auch nur zivil bekämpft werden.

1 Billion Dollar geben die NATO-Mitgliedstaaten derzeit für Rüstung aus. Wenn wir gleichzeitig, das ist auch eine Kritik an Ihrem Haus, die Ausbreitung des Ebola-Virus sehen - über 4 000 Menschen sind infiziert, 2 300 bereits gestorben - und wenn ich lese, dass Sie dafür derzeit gerade einmal 1,4 Millionen Euro zur Verfügung stellen, dann meine ich: Das ist völlig inakzeptabel - zumal Sie hier vor ein paar Tagen in einer Sondersitzung 70 Millionen Euro für Waffenlieferungen beschlossen haben. Es geht dabei auch in Afrika um Menschenleben, darum, dass diese Menschen vor diesem tödlichen Ebola-Virus gerettet werden. Da könnte man sehr viel machen. Da erwarte ich auch von Ihnen, Herr Müller, dass Sie sich viel mehr einsetzen.

Sie haben sich, das muss ich auch sagen, kritisch gegenüber den Waffenlieferungen geäußert. Darin haben Sie unsere Unterstützung. Wir appellieren an Sie, dass Sie den Mut aufbringen, beim nächsten Mal im Bundessicherheitsrat dagegen zu stimmen. Wir würden das sehr unterstützen. Die Linke setzt sich für ein Verbot von Rüstungsexporten ein. Auch das wäre ein wichtiger Beitrag für Entwicklung.

(Beifall bei der LINKEN)

Es gibt übrigens viele andere Bereiche, die zur ODA zählen, in denen auch gekürzt wird. Da werden zum Beispiel die Mittel für humanitäre Hilfe im Etat des Auswärtigen Amtes um 38 Prozent gekürzt. Das muss man sich vorstellen!

Die Mittel für Krisenprävention und für den zivilen Friedensdienst stagnieren.

All das geschieht in einer Zeit, in der wir mit Krisen konfrontiert werden, für die wir neue zivile Instrumente benötigen, die ausgebaut werden müssen, die aber leider seit Jahren, mittlerweile seit Jahrzehnten, ein Schattendasein führen. Wir fordern eine Stärkung dieser zivilen Instrumente. Für uns ist das ein starkes Zeichen für eine friedliche Außenpolitik.

Zum Schluss möchte ich noch etwas zur Situation im Nahen Osten sagen, was in meinen Augen bisher in der heutigen Debatte zu kurz kam. Wir haben alle die massiven Bombardierungen des Gazastreifens erlebt mit über 2 000 toten Palästinensern und 68 Toten auf israelischer Seite; der Gazastreifen ist nach wie vor abgeriegelt. Sehr viel Infrastruktur wurde zerstört. Dazu haben wir eine Anfrage gestellt: 6 Milliarden Euro soll der Wiederaufbau kosten. Wer zahlt das eigentlich? Dabei ist das nicht das erste Mal. Wir erleben diese Zerstörungen jetzt zum dritten Mal. Immer wieder werden von der internationalen Gemeinschaft diese Entwicklungsprojekte und die UN-Einrichtungen mit Steuergeldern wieder aufgebaut. In unseren Augen kann das nicht sein. Man muss auch die israelische Regierung zur Verantwortung ziehen. Es kann nicht sein, dass wir immer wieder aufbauen, und dann wird immer wieder zerstört.

(Beifall bei der LINKEN)

Weiter brauchen wir eine neue Ausrichtung in der Nahostpolitik. Dazu gehört auch, dass die Besatzung endlich beendet wird. Dabei spielt auch die Entwicklungszusammenarbeit eine wichtige Rolle, Herr Müller, nämlich insofern, ob sie mit ihren Projekten diese Besatzung stabilisiert oder ob sie dazu beiträgt, dass der zivile Widerstand gegen die Besatzung gestärkt wird. Das ist in unseren Augen ein wichtiger Beitrag für einen gerechten Frieden im Nahen Osten.

Abschließend möchte ich sagen - -

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Nein, Frau Kollegin, Sie haben Ihre Redezeit jetzt um eine Minute überschritten. Deshalb bitte ich, jetzt wirklich zu schließen.

Heike Hänsel (DIE LINKE):

Ja, ich schliesse. Für uns ist eine aktive Friedenspolitik der beste Beitrag für Entwicklung.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Soziale Ungleichheit ist die größte Herausforderung

Rede von Heike Hänsel, entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zur Einbringung des gemeinsamen Antrags von Linksfraktion und Bündnis 90/Die Grünen „Wirtschaftspartnerschaftsabkommen stoppen“ und zum Antrag der Fraktion DIE LINKE zu den Nachhaltigen Entwicklungszielen:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir besprechen heute als letzten Tagesordnungspunkt dieser Woche die großen Zukunftsfragen der Welt und damit eigentlich die wichtigsten Fragen - leider ganz am Ende der Sitzungswoche. Es geht um globale Ziele, die sich die Weltgemeinschaft ab 2015 gemeinsam stecken will, die sogenannten nachhaltigen Entwicklungsziele, auf Englisch: Sustainable Development Goals, allgemein abgekürzt als SDGs. Das sage ich für die Gäste, weil ich mir sicher bin, dass viele noch nicht davon gehört haben.

Ein erster Entwurf dieser Ziele wurde im Rahmen der UN-Generalversammlung vorgestellt, die zurzeit tagt. Es geht um 17 nachhaltige Entwicklungsziele. Ganz oben steht natürlich das Ziel, die Armut zu überwinden. Wir müssen die weltweiten Ressourcen schonen, den Klimaschutz vorantreiben und die weltweite Ungleichheit bekämpfen. Es geht um Zielvorgaben, die für die Länder des Südens, aber genauso für die Industrieländer gelten sollen.

Wir haben dazu einen Antrag eingebracht, noch vor der Sommerpause, also schon vor einigen Monaten, weil wir über dieses Thema hier im Parlament diskutieren wollten. Die erste Frage, die wir uns stellen müssen, ist die Frage der Partizipation, der Beteiligung. Alle waren sich einig - es gab viele Verlautbarungen der Regierungen -: Ja, wir wollen eine ganz breite Beteiligung, weil es um die Entwicklung unserer Gesellschaften geht. - Ich muss sagen: Wir haben jetzt zwar Ziele vorgelegt bekommen, es kommt auch zu einer Beteiligung; aber wenn ich hier fragen würde, wer schon einmal von den Entwicklungszielen gehört hat, dann würde ich vermutlich erfahren, dass es die wenigsten sind. Das ist ein großer Kritikpunkt. Wenn wir über so wichtige Fragen diskutieren, braucht es viel breitere Diskussionsprozesse und eine ernsthafte Beteiligung der Zivilgesellschaft.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben vorgeschlagen, mit dem Thema in die Schulen, in die Universitäten und in die Kommunen zu gehen. All das wäre wichtig, um einen breiten Diskussionsprozess anzustoßen; denn alle Menschen sind davon betroffen. Es geht um ihren Lebensstil, darum, was sie konsumieren. All das sind wichtige Fragen; wir diskutieren sie mit Schulklassen. Aber es ist doch wichtig, die Beteiligung auch institutionell zu verankern. Ich hätte mir von der Bundesregierung gewünscht, dass sie einen viel breiteren Prozess anstößt, dass sie die Diskussion nicht auf der Ebene der NGOs, der Nichtregierungsorganisationen, belässt - NGOs sind wichtig, aber es sind spezielle Gruppen -, sondern das Thema mehr in die Öffentlichkeit trägt. Ich denke, da muss man mehr machen.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Gabriela Heinrich (SPD))

Uns geht es, wenn ich mir die Ziele anschau, vor allem um die Frage der sozialen Ungleichheit; das ist die größte Herausforderung. Wir kennen zum Teil die Zahlen; ich will eine nennen: Die 85 reichsten Personen weltweit besitzen ungefähr so viel wie die Hälfte der Weltbevölkerung. Ich denke, diese Zahl spricht für sich. Deshalb ist unsere große Forderung: Wir müssen den Kampf gegen die soziale Ungleichheit weltweit und auch in unserer eigenen Gesellschaft an die erste Stelle setzen.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt einen weiteren Punkt, der mich wundert. Die vorherigen Ziele, die 2015 auslaufenden Millenniumsentwicklungsziele, befassten sich auch mit dem Thema Frieden. Dies wird in den neuen Zielen kaum thematisiert. Wir sehen doch weltweit die Kriege und Krisen; wir wissen ja gar nicht mehr, auf welche Kriegsregion wir zuerst schauen sollen. Deshalb hatten wir von Anfang an gefordert: Die Friedenspolitik muss in die Entwicklungsziele aufgenommen werden. Frieden und Entwicklung sind zwei Seiten einer Medaille.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ganz konkret haben wir gesagt: Es muss um Rüstungsexport, aber auch um Abrüstung gehen. Weltweit werden 1,2 Billionen Euro für Rüstung ausgegeben. Diese können wir doch in Ausgaben für Entwicklung umwidmen. Das ist doch die zentrale Herausforderung. Wir brauchen das Geld für Entwicklung.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben noch einen zweiten Antrag eingebracht, den wir gemeinsam mit den Grünen verfasst haben, was ich sehr begrüße. Wir haben ihn vorgelegt, weil nächste Woche, am 1. Oktober, eine Deadline der Europäischen Union endet. Es geht um Handelsfragen, die eine zentrale Rolle spielen, wenn es um die Bekämpfung sozialer Ungleichheiten geht.

Viele Menschen engagieren sich momentan sehr dafür, dass das TTIP, das Freihandelsabkommen mit den USA, nicht zustande kommt. Es gibt aber auch andere Wirtschaftsabkommen mit den Ländern des Südens, vor allem mit den afrikanischen Ländern. Die afrikanischen Länder haben sich zwölf Jahre gegen das Ansinnen der Europäischen Union gewehrt, Wirtschaftspartnerschaftsabkommen abzuschließen, da dies für sie große Veränderungen zur Folge hätte: die Öffnung und Liberalisierung ihrer Märkte, gleicher Zugang von EU und afrikanischen Ländern. All das bedroht massiv die Existenz von Kleinbauern und viele Arbeitsplätze. Deswegen haben wir von Anfang an gesagt: Wir wollen diese Form der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen nicht. Wir wollen neue Mandate, durch die die selbstbestimmte Entwicklung in den Ländern gestärkt wird.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der nächsten Woche, am 1. Oktober, läuft die Deadline der EU ab. Die EU hat den verschiedenen afrikanischen Ländergruppen gesagt: Wer bis dahin nicht unterzeichnet hat, für den fällt der zollfreie Zugang zu den Märkten weg. Das betrifft einige Länder, die sich in den letzten Jahren viel aufgebaut haben; konkret ist Kenia zu nennen. Sie gelten in der EU als Mitteleinkommensländer. Falls sie die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen nicht unterschreiben, fällt ab dem 1. Oktober der zollfreie Zugang zu den Märkten weg. Das ist reine EU-Erpressungspolitik, und die lehnen wir ab.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir fordern, dass der freie Zugang zu den Märkten über den 1. Oktober hinaus aufrechterhalten wird.

Zum Schluss möchte ich noch erwähnen, dass es in Kenia um 500 000 Arbeitsplätze im Blumen-sektor geht, die konkret betroffen wären, wenn Zölle auf den Export von Blumen erhoben würden. In erster Linie würde das viele Fairtrade-Blumen betreffen. Diese Strukturen wurden unter anderem durch deutsche Entwicklungsgelder aufgebaut. Wir können als Entwicklungspolitiker doch nicht unterstützen, dass die EU diese Länder erpresst und dass Projekte, die mit deutschen bzw. EU-Entwicklungsgeldern aufgebaut wurden, in ihrer Existenz bedroht werden. Ich bitte die Bundesregierung: Setzen Sie sich dafür ein, dass der zollfreie Zugang für all diese Produkte aus Kenia

über den 1. Oktober hinaus erhalten bleibt.

Danke.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

[...]

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Bevor ich dem Kollegen Sascha Raabe das Wort gebe, erhält die Kollegin Hänsel die Gelegenheit zu einer Kurzintervention.

(Sibylle Pfeiffer (CDU/CSU): Bitte kurz, weil die Züge gehen, Frau Kollegin!)

Heike Hänsel (DIE LINKE):

Danke, Frau Präsidentin. - Ich weiß, dass wir alle schnell nach Hause wollen. Deshalb fasse ich mich ganz kurz. Aber eine Sache kann ich nicht auf sich beruhen lassen, lieber Kollege Heinrich. Sie haben gesagt, es sei unsere Befürchtung, dass die heimischen Produkte in vielen Ländern mit den Importen aus der Europäischen Union nicht konkurrieren könnten. Erstens gibt es schon zahlreiche Erfahrungen in vielen westafrikanischen Staaten, die mit Produkten aus der Europäischen Union wie Hähnchenfleisch und Tomaten überschwemmt werden und sich mit einem Kleinbauernproblem konfrontiert sehen.

Zweitens gibt es viele Briefe und Appelle gerade aus den westafrikanischen Staaten. Die dortigen Wirtschaftsverbände, Kirchen und Gewerkschaften schreiben uns Abgeordneten und an die Europäische Union und bitten darum, nicht so eine breite Liberalisierung zuzulassen. Diese Staaten, die sich gerade aus der Armut herausgekämpft und eigene Strukturen aufgebaut haben - vor allem geprägt durch Kleinunternehmen -, sollen nun in Konkurrenz zur übermächtigen Europäischen Union treten. Damit verhält es sich so, als ob Sie einen Porsche und ein Fahrrad nebeneinander stellen und sagen: Nun machen wir ein 100-Meter-Wettrennen. - Das sind keine gerechten Bedingungen. Haben Sie denn gar keinen Brief aus diesen Ländern gelesen und die Appelle aus den dortigen Zivilgesellschaften, dass wir so keinen Wettbewerb organisieren können, nicht wahrgenommen?

Wirtschaftspartnerschaftsabkommen stoppen – Für neue Verhandlungen ohne Druck und Fristen

Antrag der Abgeordneten Heike Hänsel, Niema Movassat, Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Inge Höger, Andrej Hunko, Katrin Kunert, Stefan Liebich, Dr. Alexander Neu, Thomas Nord, Azize Tank, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE. sowie der Abgeordneten Uwe Kekeritz, Claudia Roth (Augsburg), Dr. Frithjof Schmidt, Katharina Dröge, Annalena Baerbock, Marieluise Beck (Bremen), Dr. Franziska Brantner, Agnieszka Brugger, Tom Koenigs, Dr. Tobias Lindner, Omid Nouripour, Cem Özdemir, Manuel Sarrazin, Jürgen Trittin, Doris Wagner, Kerstin Andreae, Corinna Rüffer, Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksache 18/2603 –

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Economic Partnership Agreement, EPA), wie sie die Europäische Union (EU) seit über 12 Jahren mit den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP-Staaten) verhandelt, drohen in ihrer jetzigen Form eine eigenständige, breitenwirksame und nachhaltige Entwicklung in den Partnerländern zu verhindern. Darüber hinaus werden die EPAs die Umsetzung einer von der Afrikanischen Union (AU) beschlossenen afrikanischen Freihandelszone erheblich erschweren. Mit dem Abschluss der EPAs sollen sich die AKP-Staaten u. a. zum Abbau von Importzöllen, zum Verbot von Exportsteuern und zur Liberalisierung ihrer öffentlichen Dienstleistungsmärkte verpflichten. Damit würden wichtige entwicklungspolitische Steuerungsinstrumente der AKP-Regierungen zugunsten eines freien Marktzugangs für europäische Unternehmen preisgegeben.

Mit einigen AKP-Staatengruppen konnte die EU bereits solche Abkommen abschließen. Andere, insbesondere afrikanische, Staaten verweigerten lange die Unterzeichnung, da sie erhebliche Nachteile für ihre wirtschaftliche Entwicklung befürchten.

Der Beschluss der EU, zum 1. Oktober 2014 den Mitteleinkommensländern die Handelspräferenzen zu entziehen, hatte zuletzt enormen Druck auf diese Regierungen ausgeübt. Dadurch sahen sich die Regierungen der Mitgliedsstaaten der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) und der Südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft (SADC) gezwungen, in letzter Minute die Verhandlungen abzuschließen und teilweise nicht fertig erörterte Vertragsentwürfe zu unterzeichnen. Die EU war im Gegenzug zu einigen Zugeständnissen hinsichtlich der Importzölle und Exportsteuern bereit, um endlich die Verhandlungen abzuschließen.

Gleichwohl steht zu befürchten, dass die EPAs in vielen Bereichen zu massiven Verschlechterungen für Kleinproduzenten im Agrar- und Industriebereich führen, die nun nicht mehr durch Importbeschränkungen vor der übermächtigen Konkurrenz durch europäische Agrarunternehmen geschützt werden können. Das prinzipielle Verbot von Exportsteuern wiederum unterläuft Bemühungen, Rohstoffe statt in den Export in die eigene Industrialisierung zu leiten.

Der Deutsche Bundestag stellt fest, dass den EPAs die versprochene entwicklungspolitische Perspektive fehlt. Die EU muss die afrikanischen Partnerländer beim Aufbau von auf lokale Märkte ausgerichteten Wertschöpfungsketten und Industrien unterstützen, sowie die Ernährungssouveränität fördern.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, die derzeitigen Verhandlungen über die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zu stoppen und auf eine Ratifizierung zu verzichten;
2. sich dafür einzusetzen, dass die Handelspolitik der EU an dem Ziel ausgerichtet wird, die selbstbestimmte Entwicklung, industrielle Wertschöpfung, Ernährungssouveränität und regionale Integration in den Ländern des Südens zu unterstützen;
3. sich dafür einzusetzen, dass unter diesen Prämissen ein neues Verhandlungsmandat formuliert wird, das überdies einen Mechanismus verankert, der fortlaufend die Auswirkung der Abkommen auf die Achtung der Menschenrechte sowie ökologische und soziale Auswirkungen der EPAs kontrolliert;
4. sich dafür einzusetzen, dass die Möglichkeiten geprüft werden, wie den afrikanischen Staaten weiterhin Handelspräferenzen ohne Gegenseitigkeit eingeräumt werden können, und sich gegenüber der EU-Kommission dafür einzusetzen, dass diejenigen Länder, die bisher kein EPA unterschrieben haben, ihren präferenziellen Zugang zum europäischen Markt nicht verlieren;
5. darauf hinzuwirken, dass die Beteiligung von Zivilgesellschaften und Parlamentariern der AKP-Staaten auf geeignete Weise in die Verhandlung und Umsetzung von Abkommen sichergestellt wird und eine solche Partizipation durch angemessene finanzielle Unterstützung auch ermöglicht wird;
6. in Zukunft auf einseitige Fristsetzungen für den parlamentarischen Ratifizierungsprozess in den Partnerländern zu verzichten;
7. das Allgemeine Präferenzsystem grundlegend zu überarbeiten.

Begründung

Es ist an der Zeit das faktische Scheitern der EPA-Verhandlungen anzuerkennen und eine neue, an den Entwicklungsinteressen der Partnerländer ausgerichtete Handelspolitik voranzutreiben. Auch wenn viele Staaten kurzfristig bereit waren, die Abkommen zu initialisieren oder zu unterschreiben, werden sich in den Ratifizierungsprozessen der über 30 Staaten in vielen Parlamenten die gleiche Skepsis und Verweigerung aus den Prozessen der Übergangsabkommen wiederholen. Die von der EU in den jahrelangen Verhandlungen an den Tag gelegte Unnachgiebigkeit, sowie die unilaterale Fristsetzung haben in den AKP-Staaten zu einer politischen und gesellschaftlichen Antipathie gegenüber den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen geführt.

Wenn Handelsbeziehungen die wirtschaftliche Entwicklung auch des schwächeren Partners befördern sollen, müssen lokale industrielle und landwirtschaftliche Betriebe geschützt werden. Hierzu muss die EU den Entwicklungsländern weiterhin einseitig präferenziellen Marktzugang gewähren und von ihren weitreichenden Liberalisierungs- und Privatisierungsforderungen Abstand nehmen.

Neben den wenigen Industriegütern wären sonst die Agrarprodukte einer übermächtigen Konkurrenz ausgesetzt, da subventionierte landwirtschaftliche Produkte aus der EU die Märkte der betroffenen Staaten überschwemmen würden. Importverbote gegen Billigimporte aus der EU (z.B. Hühnerfleisch) wären nicht mehr zulässig. Die Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, die oft den Großteil der Bevölkerung in Entwicklungsländern ausmachen, verlören so ihre Existenzgrundlage. Daher muss den AKP-Staaten auch weiterhin die Möglichkeit eingeräumt werden, ihre einheimische Wirtschaft mit handelspolitischen Instrumenten wie Quoten, Importverboten, Handelslizenzen oder Mengenbegrenzungen zu schützen. Der Wegfall der Zolleinnahmen schlägt sich für viele Länder in erheblichem Maße negativ auf ihr Budget nieder. Die von der EU angekündigten Kompensationszahlungen für den Ausfall der Zolleinnahmen, die aus dem Europäischen Entwicklungsfonds ge-

leistet werden sollen, reichen nicht aus, um die Einnahmeverluste in den Haushalten der Partnerstaaten auszugleichen. Den Regierungen in den beteiligten AKP-Staaten werden dadurch flächendeckend Mittel entzogen, die sie einsetzen könnten, um ihre Bevölkerungen aus Unterentwicklung und Armut zu befreien.

Die EPAs wurden von der EU vorgeblich konzipiert, um „regionale Integration zu stärken und effizientere regionale Märkte mit berechenbaren und stabilen Regeln zu schaffen“ (http://europa.eu/rapid/press-re-lease_IP-12-475_de.htm). Allerdings ist zu befürchten, dass die nun initiierten Abkommen meist das Gegenteil bewirken werden. Vielmehr werden die Staaten gegeneinander ausgespielt, Wirtschaftsräume aufgespalten und unnötige Doppelstrukturen geschaffen. Die Tatsache, dass inzwischen etliche Ausnahmen und Sonderregelungen - wie beispielsweise die Exklusiverlaubnis für Namibia, Exportzölle zu erheben - eingeführt wurden, erschwert die regionale Integration weiter. Anstatt funktionierender Wirtschaftsräume wird so ein unübersichtliches Durcheinander von Einzelabkommen geschaffen, das die politische wie wirtschaftliche Integration eher erschwert als fördert. Ferner rückt durch die unterschiedlich schnell voran schreitende Integration innerhalb der sechs afrikanischen Wirtschaftsböcke die Errichtung einer panafrikanischen Freihandelszone in weite Ferne.

Die Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen, Kapitalströme, der öffentlichen Beschaffung oder der Grunddienste bergen große Gefahren, da auch hier die einheimischen Akteure gegenüber europäischen Dienstleistern schlicht nicht konkurrenzfähig sind. Gerade die Vergabe öffentlicher Aufträge ist ein wichtiges Instrument, um regionale wirtschaftliche Entwicklung zu initiieren. Folglich muss eine aufgezwungene Marktöffnung in diesen Bereichen verhindert werden.

Demokratischen Prozessen und den Interessen der Bevölkerung muss ein höherer Stellenwert beigemessen werden. Im Falle des SADC-Abkommens wurden die Vertreter der Zivilgesellschaft kurzerhand kurz vor Abschluss der Verhandlungen ausgeschlossen. Informationen über den Stand der Verhandlungen und die inhaltliche Ausgestaltung der Abkommen drangen spät oder gar nicht nach außen. Nicht einmal die Parlamente der beteiligten Staaten wurden über Verhandlungsdetails informiert. Eine an den Bedürfnissen der Bevölkerung ausgerichtete, entwicklungsfreundliche Handelspolitik ist so nicht möglich. Die Europäische Union müsste stattdessen die Beteiligung der Parlamente und der örtlichen Zivilgesellschaft aktiv unterstützen.

Neue Verhandlungsmandate, die diese Aspekte berücksichtigen, müssen auch ein menschenrechtliches Wirkungsmonitoring enthalten. Ziehen Handelsabkommen negative Folgen in sozialer, menschenrechtlicher oder ökologischer Hinsicht nach sich, müssen diese identifiziert und gestoppt, die Abkommen gegebenenfalls modifiziert werden.

Überdies ist eine grundlegende Überarbeitung des Allgemeinen Präferenzsystems der EU unabdingbar. Das derzeitige System bestraft positive volkswirtschaftliche Entwicklungen und belohnt einheimische Eliten, die ihren Wohlstand an der breiten Bevölkerung vorbei vermehren, da es zwar das Prokopfeinkommen, nicht aber die Wohlstandsverteilung mit einbezieht. Mitteleinkommensländer wie Nigeria oder Ecuador, die wirtschaftlichen Fortschritt vorweisen können, jedoch noch weit vom Status eines Schwellenlandes entfernt sind, fallen im derzeitigen System durch das Raster. Sie werden dadurch gezwungen, Freihandels- oder Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit der EU abzuschließen, selbst wenn sie davon überzeugt sind, dass diese ihren Ländern schaden.

Die Bundesregierung muss sich auf europäischer Ebene endlich für eine entwicklungsdienliche Handelspolitik einsetzen.

Türkische Grenze für Flüchtlinge öffnen – politische Lösung für die Gesamtregion

Rede von Heike Hänsel, Vorsitzende des Unterausschusses Vereinte Nationen, in der von der Fraktion DIE LINKE initiierten aktuellen Stunde zur Situation der Flüchtlinge an der syrisch-türkischen Grenze:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Die Situation an der syrisch-türkischen Grenze ist dramatisch. Deshalb hat meine Fraktion diese Aktuelle Stunde beantragt. Zehntausende sind in der Region, vor allem viele Kurden und Kurdinnen, auf der Flucht. Ich war am Sonntag selbst vor Ort und konnte mit eigenen Augen sehen, wie das Erdogan-Regime die Grenze zu Syrien für kurdische Flüchtlinge, Familien und Kinder, die mit ihrem Hab und Gut am Stacheldrahtzaun saßen, geschlossen hatte. Sie fliehen vor den Terrorgruppen des „Islamischen Staates“. Die Dorfbevölkerung auf der türkischen Seite, die helfen wollte, wurde mit Tränengas beschossen. Die Nahrungsmittel und die Zelte, die sie mitgebracht hatten, wurden von türkischen Sicherheitskräften zerstört.

Wer vor Ort ist, bekommt ein ganz anderes Bild, als es hier in den Medien vermittelt wird, auch was die große Anzahl von Flüchtlingen betrifft, die jetzt angeblich über die Grenze gekommen sind. Ich habe sie nicht gesehen. Es gibt zweifelsohne sehr viele Flüchtlinge, aber sie werden eben bei weitem nicht alle über die Grenze gelassen. Das ist in dieser Notsituation schlichtweg kriminell. Die Türkei muss die Grenzen für diese Flüchtlinge öffnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir brauchen viel mehr humanitäre Hilfe. Die UN oder der Rote Halbmond waren in dieser Region nicht vor Ort. Die gesamte Hilfe in der Grenzstadt Suruc wird ausschließlich von der kurdischen Zivilbevölkerung in der Türkei geleistet, die zum Teil selbst sehr arm ist.

Was hat eigentlich die Bundesregierung gemacht? Ich habe von Ihnen zu dieser Situation vor Ort nichts gehört. Sie haben nicht einmal den türkischen Botschafter einbestellt, um gegen diese Politik zu protestieren. Ich finde das beschämend.

(Beifall bei der LINKEN)

Haben Sie ernsthaft versucht, auf die Türkei einzuwirken, damit diese ihre Unterstützungspolitik für den „Islamischen Staat“ aufgibt und stattdessen die Grenzen für die kurdischen Flüchtlinge öffnet? Es häufen sich nämlich Berichte, zum Beispiel auch in der New York Times, über Rekrutierungen des „Islamischen Staates“ in der Türkei, von Krankenhausaufenthalten. Uns liegen zum Beispiel Berichte vor, dass IS-Kämpfer aus Kobani mittlerweile in Urfa im Krankenhaus behandelt werden, oder über Ölverkäufe des „Islamischen Staates“ an die Türkei usw. Dass die türkische Grenze für IS-Kämpfer offen ist, aber für Flüchtlinge nicht, das ist inakzeptabel.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Bundesregierung betreibt eine Politik des organisierten Wegschauens. Hier könnten Sie internationale Verantwortung zeigen. Aber Sie übersetzen das ja nur noch mit Militärinterventionen, Waffenlieferungen und imperialer Einflussnahme. Sie, Herr Roth, waren in Zypern, um die Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei voranzutreiben. Ich bitte Sie wirklich: Erklären Sie dies einmal der Öffentlichkeit hier im Land. Sie wollen ausgerechnet jetzt die Beitrittsverhandlungen mit dem Erdogan-Regime intensivieren, das diese Mörder des „Islamischen Staates“ unterstützt hat

und offenbar weiterhin unterstützt. Ich frage mich: Sieht so Ihre angeblich wertegeleitete Außenpolitik aus? Wir brauchen endlich einen Kurswechsel in der Außenpolitik.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir brauchen eine Außenpolitik, die Verantwortung ernst nimmt und eben nicht mit den Sponsoren und Unterstützern des „Islamischen Staates“ paktiert. Deshalb fordern wir auch, dass Rüstungsexporte in die Türkei gestoppt und die dort stationierten Patriot-Raketen und Bundeswehrsoldaten abgezogen werden. Das wäre ein deutliches Zeichen.

(Beifall bei der LINKEN)

Stattdessen kriminalisieren Sie hier in Deutschland weiterhin ausgerechnet die kurdischen Organisationen, wie zum Beispiel die PKK, die im Norden Syriens und im Irak nachweislich die einzigen waren, die die verfolgten Jesiden verteidigten und die sich jetzt in Syrien gegen den „Islamischen Staat“ selbst verteidigen. Die Linke setzt sich für ein Ende des PKK-Verbots in Deutschland ein. Das ist überfällig.

(Beifall bei der LINKEN)

Die USA bombardieren nun völkerrechtswidrig Syrien im Verbund mit den Golf-Diktaturen, ausgerechnet mit den Staaten, die zu den Brandstiftern im Nahen Osten gehören. Die Kanzlerin rollt dem blutigen Diktator Katars auch noch den roten Teppich in Berlin aus. Das ist wirklich nicht mehr zu übertreffen. Wir lehnen auch diese US-Bombardierungen ab. Sie bedeuten neue Opfer, neue Fluchtbewegungen. Das ist für uns keine Lösung.

(Beifall bei der LINKEN)

Die katastrophale Situation im Nahen Osten mit diesen Millionen von Flüchtlingen, mit all dem Elend, ist nämlich die Folge der zahlreichen militärischen Interventionen in der Region; allen voran der Irakkrieg, der die Menschen dort ethnisch und religiös gespalten hat, und die Politik der Destabilisierung des syrischen Staates, diese massive Einmischung von außen, diese Regime-Change-Politik. Nun werden Sie diese Geister, die Sie riefen, nicht mehr los. Den Preis zahlen die Menschen in der Region. Wir haben diese Politik von Anfang an abgelehnt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir fordern eine außenpolitische Wende, verantwortungsvolle, friedliche Politik, die alle Akteure in der Region einbezieht auch den Iran, auch Russland, die die Zivilbevölkerung im Rahmen einer neuen Syrien-Initiative für eine politische Lösung mit einbezieht, die für eine umfassende politische Lösung streitet. Dann kommen wir vielleicht dazu, dass Menschen nicht mehr aus ihren Ländern fliehen müssen.

Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Erdogan, Grenze auf!



Während ihres Aufenthalts Mitte Spetember im türkisch-syrischen Grenzgebiet fotografiert Heike Hänsel, wie türkische Soldaten und Stacheldraht syrische Flüchtlinge daran hindern, dem Krieg in Syrien zu entkommen

Heike Hänsel, Vorsitzende des Unterausschusses Vereinte Nationen des Deutschen Bundestages, berichtet über ihren Besuch in der türkisch-syrischen Grenzregion

Bei einem Kurzbesuch in der türkisch-syrischen Grenzregion Kobanê bin ich an diesem Wochenende Zeugin der dramatischen Situation für die Flüchtlinge aus Syrien geworden. Türkisches Militär und Militärpolizei haben die Grenze – zumindest in dem Bereich, den ich besucht habe – dicht gemacht. Zugleich gehen die bewaffneten Kräfte brutal gegen Zivilisten vor, die den Menschen auf der Flucht vor den Milizen der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) helfen wollen. Und: Mehrere Flüchtlinge haben mit bestätigt, dass der IS von türkischer Seite aktiv unterstützt wird.

In die Grenzregion bin ich gemeinsam mit einer Genossin der LINKEN aus Mannheim gereist. In der Nähe des Ortes Suruç haben wir mit eigenen Augen gesehen, wie das türkische Militär die Grenze für kurdische Flüchtlinge dicht macht. Bereitgestellte Zelte, humanitäre Hilfe und Lebensmittel der Dorfbevölkerung wurden auf türkischer Seite beschlagnahmt oder zerstört. Auf diese Weise ebnet der NATO-Partner Türkei den IS-Kämpfern den Weg für das nächste Massaker an Kurden.

Gleichzeitig haben die bewaffneten Kräfte die Bevölkerung, die den Flüchtlingen helfen wollte, den ganzen Tag über immer wieder mit Tränengas und Wasserwerfern auseinandergetrieben. Die Situation für die KurdInnen in der autonomen Region um Kobanê wird immer gefährlicher. Die IS-Kämpfer sind bereits bis auf wenige Kilometer herangerückt und kontrollieren bereits Teile der Grenze oberhalb Kobanês. Die Situation ist wirklich dramatisch!

Wenn die Türkei jetzt nicht sofort die Grenzen öffnet und die kurdischen Flüchtlinge von syrischer

Seite nicht nur selektiv durchlässt, dann droht eine weitere humanitäre Katastrophe ähnlich der Lage in Nordirak. Die Meldungen der Vereinten Nationen, nach denen 100.000 Flüchtlinge in die Türkei geflohen sein sollen, scheinen mir nach den Beobachtungen vor Ort jedenfalls unrealistisch.

Seit drei Tagen harren an der Grenze auch kurdische Parlamentsabgeordnete aus, um eine Grenzöffnung zu erzwingen. Andere Abgeordnete sind nach Genf gefahren und wollen dort mit einem Hungerstreik Öffentlichkeit schaffen. Zudem gibt es viele Augenzeugenberichte über direkte Unterstützung der IS-Kämpfer durch die Türkei. Die Rede ist von Versorgung, Krankenhausaufenthalten für verwundete Kämpfer und sogar von Waffen.

Nun muss Druck auf die Regierung der Türkei ausgeübt werden, damit sie die Grenzen öffnet und die Unterstützung für den IS einstellt. Zudem fehlt in der Region humanitäre Hilfe. Ich habe von den UN nur ein Fahrzeug gesehen. Tausende Flüchtlinge, die es irgendwie über die Grenze geschafft haben, sitzen in Suruç auf den Straßen, in Turnhallen oder anderen Orten. Sie werden ausschließlich von der selbst sehr armen Bevölkerung versorgt. Mein Fazit: Macht die Grenze auf! Übt Solidarität mit den kurdischen Flüchtlingen! Die EU muss jetzt die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aussetzen, solange die Regierung von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan den IS-Terror unterstützt und die kurdische Bevölkerung bekämpft. Deutsche Rüstungsexporte in die Türkei müssen sofort gestoppt und humanitäre Hilfe geliefert werden! Dafür wird sich DIE LINKE im Bundestag einsetzen.

Grüne Zentren als Strategie zur nachhaltigen Hungerbekämpfung und ländlichen Entwicklung

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Niema Movassat, Heike Hänsel, Jan van Aken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

– Drucksache 18/2229 –

Vorbereitung der Fragesteller:

Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Gerd Müller, hat in den letzten Monaten mehrmals angekündigt, gemeinsam mit der deutschen Agrarwirtschaft in den kommenden Jahren zehn Grüne Zentren für nachhaltige landwirtschaftliche Wertschöpfung aufzubauen. Dieses Vorhaben ist sowohl ein Kernpunkt der neuen afrikapolitischen Initiative des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) als auch der BMZ-Sonderinitiative „Eine Welt ohne Hunger“. Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Gerd Müller, formulierte in einer Bundestagsrede vom 21. März 2014 den Anspruch „im Rahmen dieser Leuchtturmprojekte ... [zu] zeigen, wie sich in Afrika eine nachhaltige Landwirtschaft entwickeln lässt“.

Bisher sind nur wenige Details über die geplanten Grünen Zentren an die Öffentlichkeit gedrungen. In öffentlichen Stellungnahmen und halb-öffentlichen Diskussionspapieren werden zwei Hauptziele formuliert, die das BMZ mit der Etablierung dieser Zentren offiziell verbindet: Hunger- und Armutsbekämpfung (vgl. „Afrika kann sich selbst ernähren“, Die neue Afrika-Politik des BMZ, S. 8) einerseits, die „Begleitung des Strukturwandels“ im ländlichen Raum (Antwort der Bundesregierung auf die Schriftlichen Fragen 119 und 120 auf Bundestagsdrucksache 18/1378) sowie die „Entwicklung eines modernen Berufsbildes in der Landwirtschaft“ (E+Z 6/2014, Impulse für den Strukturwandel) andererseits. Als zentrale Zielgruppe der Grünen Zentren identifiziert das BMZ „kleinbäuerliche Betriebe, die entweder bereits für den Markt produzieren oder an einer Marktintegration interessiert sind“ (Antwort auf die Schriftlichen Fragen 119 und 120 auf Bundestagsdrucksache 18/1378).

Die geplanten Grünen Zentren sollen eine Kombination aus Forschungseinrichtung, Demonstrationbetrieb, Landwirtschaftsschule und Zentrale für dezentrale Aus-, Weiterbildungs- und Beratungsangebote darstellen (Diskussionsentwurf des BMZ vom 15. April 2014). Dabei geht das BMZ davon aus, dass „die Modernisierung und Professionalisierung der bäuerlichen Landwirtschaft [...] die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln auf dem Land [steigert]“ (E+Z 6/2014) und dass „die Erhöhung der nationalen Eigenversorgung mit Nahrungsmitteln [...] die Abhängigkeit von schwankenden Weltmarktpreisen [reduziert]“ (Diskussionsentwurf). Zudem sollen die Grünen Zentren die „Marktintegration“ bäuerlicher Betriebe fördern und zur Schaffung einer „Exportbasis“ der heimischen Landwirtschaft beitragen (ebenda).

Die genauen Standorte und Kooperationspartner der Grünen Zentren stehen bisher – mit der Ausnahme Malis – noch nicht fest. Die Auswahl soll in enger Zusammenarbeit mit Partnern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft in Deutschland und den Kooperationsländern erfolgen, das BMZ möchte „partizipativ entwickelte Partnerstrategien“ (Antwort auf die Schriftlichen Fragen 119 und 120 auf Bundestagsdrucksache 18/1378). In diesem Frühjahr haben Gespräche mit Vertretern von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und der deutschen Privatwirtschaft stattgefunden, um die Pläne für die Grünen Zentren zu konkretisieren. Bei diesen Gesprächen nannte das BMZ folgende mögliche „Fokusländer für Innovationszentren“: Äthiopien, Mauretanien, Mali, Tunesien, Ghana, Togo, Benin, Malawi, SADC (Südafrikanische Entwicklungsgemeinschaft) und Indien vgl. Powerpoint-Präsentation – PPP – „Aufbau zehn grüner Innovationszentren zur Förderung ag-

rarischer Wertschöpfungsketten“, Folie 12, 9. April 2014). Die Privatwirtschaft hat Interesse an Kooperationen mit Äthiopien, Kenia, Ghana und Tunesien bekundet und darüber hinaus die Aufnahme der Elfenbeinküste, Mosambiks und Tansanias in die Länderliste angeregt (Ergebnisvermerk des Treffens mit der Privatwirtschaft am 9. April 2014, S. 2). Auffallend ist, dass die Länder mit den höchsten Welthungerindices (siehe Welthungerhilfeindex 2013) in diesen Listen weitgehend fehlen. Ausnahmen bilden Äthiopien, Indien und Tansania. In Malawi und Indien haben nach Information der Fragesteller im Mai/Juni 2014 bereits Vorabsondierungen für die mögliche Etablierung solcher Zentren stattgefunden.

Das BMZ nennt vier Aktionsfelder für eine Kooperation mit der Privatwirtschaft im Rahmen der Grünen Zentren (vgl. PPP, Folie 15): Ausbildung, Innovative Geschäftsmodelle, Finanzierungsmöglichkeiten und Verbesserung der Produktionsprozesse. Als Positivbeispiele für solche Kooperationen verweist die Bundesregierung wiederholt auf die German Food Partnership (GFP) (vgl. PPP, Folie 16 bis 21). Allerdings kritisieren NGOs an der GFP, dass die Bundesregierung dabei „unter dem Deckmantel der Hunger- und Armutsbekämpfung einseitig die Wirtschaftsinteressen von Agrarkonzernen“ bediene (OXFAM 2014, Gefährliche Partnerschaften, S. 13). Ähnliche Befürchtungen äußern NGOs bereits auch gegenüber den Grünen Zentren (vgl. VENRO <http://venro.org/index.php?id=1608>).

Die Eingliederung von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in Wertschöpfungsketten, an denen auch große Agrarunternehmen beteiligt sind – eine Strategie, die das BMZ sowohl bei der GFP als auch bei den Grünen Zentren verfolgt – hält beispielsweise das Forum Umwelt und Entwicklung aus mehreren Gründen für keine erfolgsversprechende Entwicklungsstrategie: a) die Mehrheit der Kleinproduzentinnen und -Produzenten bleibe aus diesen Wertschöpfungsketten ausgeschlossen, b) für den Rest bedeute die meist damit einhergehende Vertragslandwirtschaft einen Kontrollverlust, und c) der Schaffung von (formellen) Arbeitsplätzen durch den Aufbau solcher Wertschöpfungsketten stehe die Zerstörung einer erheblichen Zahl von (informellen) Arbeitsplätzen gegenüber (‘Business Case‘ Hungerbekämpfung, 2013, S. 3). Daher plädiert ein von UK Aid und dem International Institute for Environment and Development (IIED) herausgegebener Expertenbericht dafür „[to] meet[ing] small-scale farmers in their markets“ (Titel der Studie, 2013). Anstatt neue, meist höchst exklusiv wirkende Strukturen im Nahrungsmittelsektor aufzubauen, müsse die Entwicklungszusammenarbeit bereits bestehende, meist informelle Netzwerke zwischen Produzenten, Händlern, Verarbeitern und Konsumenten aufwerten und stärken.

1. Woher kam der Anstoß, Grüne Zentren als Instrument der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) zu etablieren?

Die Entscheidung zum Ausbau von Grünen Innovationszentren zur Steigerung agrarischer Wertschöpfung fußt auf der Erkenntnis, dass Innovation im Laufe der letzten Jahrzehnte weltweit zur treibenden Kraft einer umweltverträglichen Produktionssteigerung in der Landwirtschaft geworden ist. Längst ist es nicht mehr der wachsende Einsatz etwa von Fläche, Wasser und Dünger, sondern das Wissen um deren effizienten und effektiven Einsatz.

2. Schließt die Initiative der Grünen Zentren an positive Erfahrungen der deutschen EZ mit bereits bestehenden Aus- und Weiterbildungszentren im Landwirtschaftssektor an?

Wenn ja, an welche?

Die Initiative sieht vor, die kleinbäuerlichen Betriebe und die nationale Agrar- und Ernährungswirtschaft über bestehende Strukturen zu fördern, d. h. auch über bestehende Aus- und Weiterbildungszentren. Die Auswahl geeigneter Institutionen oder Netzwerke erfolgt im Zuge der größtenteils noch durchzuführenden Prüfungen in den Ländern.

3. Wie soll die Wirkungskette aussehen, zu denen die Grünen Zentren einen Beitrag leisten sollen?

Wie genau sollen dadurch vorhandene Wirkungsketten bisheriger Landwirtschaftsprojekte verbessert und ergänzt werden, und warum?

Was ist in den vorherigen Projekten nicht gut gelaufen, um eine Überarbeitung der bisherigen Wirkungsketten notwendig erscheinen zu lassen?

Die Förderung der Ernährungssicherung auf lokaler und nationaler Ebene und der ländlichen Entwicklung ist das Hauptziel des Vorhabens. Die Wirkungen, die durch die Förderung von Innovationsprozessen entlang ausgewählter Wertschöpfungsketten und durch die bessere Zusammenarbeit mit Dienstleistern der beruflichen Bildung und Beratung entstehen, tragen zur Entwicklung der ländlichen Regionen bei. Das Vorhaben baut auf den bisher erreichten Wirkungen der bestehenden bilateralen und regionalen Vorhaben in den Partnerländern auf. Erprobte Ansätze der Förderung und Optimierung von landwirtschaftlichen Wertschöpfungsketten, zur besseren Zusammenarbeit zwischen Anbietern von Dienstleistungen und kleinbäuerlichen Betrieben sowie Unternehmen der nationalen Agrar- und Ernährungswirtschaft werden aufgegriffen, um deren Breitenwirksamkeit zu erhöhen.

4. Ist die Initiative für das Modell der Grünen Zentren in Zusammenarbeit mit den NGOs, die insbesondere im landwirtschaftlichen Sektor der Entwicklungszusammenarbeit langjährige Erfahrungen gemacht haben, entstanden?

Wenn ja, mit welchen, und wie und in welchen Schritten verlief der gemeinsame Vorbereitungsprozess?

Die Konzeption der Grünen Zentren wird seit Beginn der Initiative auch mit entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen, die Erfahrungen in den Bereichen ländlicher Entwicklung, Landwirtschaftsförderung und Ernährungssicherung aufweisen, sowie Institutionen der deutschen und internationalen Entwicklungsforschung diskutiert und gemeinsam konkretisiert. Das Angebot zur Zusammenarbeit richtet sich an alle entsprechenden Nichtregierungsorganisationen, die im „Arbeitskreis Welternährung“ mitwirken.

5. Haben Regierungen aus Entwicklungsländern solch eine Initiative der Bundesregierung vorgeschlagen bzw. gefordert?

Wenn ja, welche?

Die Afrikanische Union hat in ihrem Agrarentwicklungsprogramm CAADP (Comprehensive African Agriculture Development Programme) Agrarforschung und Agrarinnovationsförderung als einen von vier Handlungsschwerpunkten benannt und die Geberländer zur Unterstützung aufgerufen.

6. Ist die Initiative für das Modell der Grünen Zentren in Zusammenarbeit mit den NGOs, die Erfahrung im Bereich ländliche Entwicklung aufweisen, entstanden?

Wenn ja, mit welchen, und wie verlief der gemeinsame Vorbereitungsprozess?

Siehe Antwort zu Frage 4.

7. Nach welchen Kriterien wählt die Bundesregierung die Staaten aus, in denen Grüne Zentren etabliert werden sollen?

Entscheidende Auswahlkriterien sind eine entsprechende Bedarfslage im Land und Interessenlage bei der dortigen Regierung, Anschlussfähigkeit an bestehende Aus- und Weiterbildungszentren

sowie Anbindungsfähigkeit an bereits laufende Programme der deutschen Entwicklungszusammenarbeit.

8. Werden zehn Grüne Zentren in Afrika entwickelt, wie es die Afrika-Strategie des BMZ vorgibt, oder sollen weltweit zehn Grüne Zentren gegründet werden, wie dies in anderen Dokumenten des BMZ steht?

Eindeutiger regionaler Schwerpunkt der Initiative zum Aufbau der Grünen Zentren ist Afrika. Der Aufbau weiterer Grüner Zentren außerhalb Afrikas ist nicht ausgeschlossen, sofern hierfür ein besonderer entwicklungspolitischer Nutzen erkennbar ist und die genannten Auswahlkriterien (siehe Antwort zu Frage 7) erfüllt sind. Derzeit wird die Möglichkeit eines solchen Aufbaus in Indien geprüft.

9. Warum fehlen in der Länderliste für die Grünen Zentren des BMZ mit Ausnahme Äthiopiens (afrikanische) Länder, die besonders hohe Hungerindices aufweisen?

Von den afrikanischen Ländern, die die Bundesregierung in die engere Wahl für den Aufbau Grüner Zentren gezogen hat, haben gemäß Welthungerindex 2013 Äthiopien, Burkina Faso und Somalia einen „sehr ernsten“ Schweregrad des Hungers, die Länder Benin, Malawi, Nigeria, Mali, Kamerun, Kenia und Togo einen „ernsten“ Schweregrad des Hungers. In diesen Ländern wird die Innovationsförderung einen wichtigen Beitrag zur Ernährungssicherung leisten. Darüber hinaus ist der Aufbau der Grünen Zentren nur einer von insgesamt sechs Handlungsschwerpunkten der Sonderinitiative „Eine Welt ohne Hunger“. Komplementär zur Hungerbekämpfung durch Förderung von agrarischer Innovation werden in den Handlungsfeldern „Ernährungssicherung“ und „Resilienzsteigerung“ sehr gezielt Maßnahmen zur Bekämpfung von Unter- und Mangelernährung in Ländern mit hohen Hungerindices ergriffen.

10. Gehen der Planung der Grünen Zentren Strukturerehebungen in den jeweiligen Staaten voraus, in denen eine Analyse der herrschenden Situation und der vorhandenen Potentiale der heimischen Landwirtschaft vorgenommen wird?

Wenn ja, wie schauen diese Erhebungen aus, und welche Ergebnisse liegen dazu vor?

In Kooperation mit den Partnerländern wurden Länderkurzkonzepte erarbeitet, die eine Grundlage für die Projektprüfungen bilden. Die Konzepte bauen auf den Strategien und Konzepten der Partnerregierungen für ihren Landwirtschafts-, Ernährungs- und Bildungssektor für den ländlichen Raum auf. Die Kurzkonzepte wurden der deutschen Zivilgesellschaft am 25. Juli 2014 zur Verfügung gestellt.

11. Sieht das BMZ bestehende informelle Strukturen in der Produktion und dem Vertrieb von Nahrungsmitteln als Entwicklungshemmnis an?

Wenn ja, warum?

Nein, informelle Märkte haben eine wichtige Funktion zur Versorgung der lokalen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln.

12. Werden diese informellen Strukturen bei der Planung der Grünen Zentren berücksichtigt?

Wenn ja, wie?

Es werden im Zuge der Prüfungen sowohl informelle als auch formelle Märkte adressiert. Wichtige Auswahlkriterien sind das Partnerinteresse und vor allem das Potential, die Lebensbedingungen in ländlichen Gebieten zu verbessern.

13. Liegen dem BMZ Zahlen vor, wie viel Prozent der Bäuerinnen und Bauern in den anvisierten Projektländern lediglich für den Eigenbedarf produzieren?

Auskunft geben hier die nationalen Statistiken der Partnerregierungen.

14. Sieht das BMZ die beiden Ziele der Grünen Zentren – Hunger- und Armutsbekämpfung sowie Strukturwandel bzw. Modernisierung – als sich ergänzend an oder sieht sie auch mögliche Zielkonflikte?

Die weitaus überwiegende Zahl der armen und hungernden Menschen auf der Welt leben im ländlichen Raum. Modernisierung der Landwirtschaft und Strukturwandel im ländlichen Raum sind für viele Länder eine zentrale Voraussetzung für eine dauerhafte Hunger- und Armutsbekämpfung.

15. Was versteht das BMZ unter dem Strukturwandel im ländlichen Raum, der durch die Grünen Zentren begleitet werden soll?

Was sind zentrale Aspekte dieses Strukturwandels?

Wesentliches Merkmal dieses Strukturwandels ist die Produktivitätssteigerung durch Modernisierung, Professionalisierung und Marktorientierung einer bäuerlichen Landwirtschaft bei gleichzeitigem Schutz und nachhaltiger Nutzung der natürlichen Ressourcen (vor allem Boden, Wasser und Artenvielfalt).

16. Wie versteht das BMZ seine Rolle in Bezug auf diesen Strukturwandel?

Will das BMZ einen ohnehin unumgänglichen Wandel unterstützen oder einen solchen Wandel mit anstoßen?

In einigen Ländern wird es eher darauf ankommen, einen solchen Wandel erst mit anzustoßen. In anderen Ländern bestehen die Chancen für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit vor allem darin, einen bereits eingesetzten Wandel zielgerichtet zu unterstützen.

17. Wie wird sich nach Meinung des BMZ dieser Strukturwandel auf die Landwirtschaft als Beschäftigungssektor auswirken?

Viele Länder, vor allem in Afrika, haben enorme Potenziale zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion jedes einzelnen bäuerlichen Betriebes. Ziel ist es, dass der Strukturwandel nicht allein den Kernsektor der landwirtschaftlichen Produktion erfasst, sondern zum Aufbau einer umfassenden Agrar- und Ernährungswirtschaft und darüber hinaus zur Diversifizierung und Belegung der gesamten Wirtschaft des ländlichen Raumes führt. Eine beabsichtigte schrittweise Verlagerung der Beschäftigung aus dem landwirtschaftlichen Kernsektor heraus hin zu vor- und nachgelagerten Bereichen in der agrarischen Wertschöpfungskette (z. B. Verarbeitung und Handel) sowie außerhalb der Agrar- und Ernährungswirtschaft (z. B. Handwerk und Dienstleistungen) wäre vielerorts ein großer Entwicklungsfortschritt und wichtige Voraussetzung für einen dauerhaften Sieg über Armut und Hunger.

18. Was versteht das BMZ unter der Entwicklung eines modernen Berufsbildes in der Landwirtschaft?

Was sind die zentralen Unterschiede zu bestehenden Berufsbildern in der Landwirtschaft in den jeweiligen Staaten?

In vielen Ländern erfährt die unmittelbare Produktion von Nahrungsmitteln und sonstigen Agrargütern keine oder nur sehr geringe gesellschaftliche Wertschätzung. „Landwirt“ ist häufig kein wirklicher qualifizierter Beruf, sondern eine aus purem Überlebenszwang und großer Not heraus ausge-

übte Tätigkeit. Das Bildungs- und Ausbildungsniveau in der Landwirtschaft ist in der Regel sehr gering. Die deutsche Entwicklungspolitik verfolgt das Ziel, dass die in der Landwirtschaft tätigen Menschen qualifiziert sind, wirklich „professionell“ zu arbeiten:

Sie sollen über Wissen, Kenntnisse und Fertigkeiten verfügen, die sie in die Lage versetzen, mit einem möglichst geringen Ressourceneinsatz eine möglichst große Menge marktfähiger Agrarprodukte als Grundlage einer gesunden, ausgewogenen Ernährung der Bevölkerung in Stadt und Land herzustellen.

19. Geht es bei den Grünen Zentren in erster Linie um die Generierung von neuem Wissen, oder steht die Wissensvermittlung im Zentrum?

Die Vermittlung von grundsätzlich bereits verfügbarem Wissen steht im Mittelpunkt. Gleichzeitig erfordert aber der Agrarsektor, beispielsweise im Bereich der Pflanzenzüchtung, ständig auch die Erzeugung von neuem Wissen, um den lokal unterschiedlichen Herausforderungen und dem ständigen Wandel natürlicher Gegebenheiten gerecht zu werden. Daher werden die Grünen Zentren in der Regel auch Agrarforschungskomponenten beinhalten. Gerade die Verbindung von Forschung, Lehre, Ausbildung und Beratung verspricht eine hohe entwicklungspolitische Wirkung und stellt einen zentralen Aspekt der Konzeption der Grünen Zentren dar.

20. Welchen Stellenwert spielt die Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit in den Grünen Zentren?

Welche Maßnahmen sind dafür vorgesehen?

Der Faktor Bodenfruchtbarkeit spielt für eine Steigerung der Flächenproduktivität eine wachsende Rolle. Bodenfruchtbarkeit ist in vielen Teilen der Welt vor allem wegen unsachgemäßer Bodenbearbeitung und Bodennutzung bedroht. Die Grünen Zentren werden Methoden vermitteln, die die landwirtschaftlichen Betriebe in die Lage versetzen, in Abhängigkeit von der jeweiligen lokalen Situation Maßnahmen zum Erhalt, zur Verbesserung oder zur Wiederherstellung von Bodenfruchtbarkeit zu ergreifen.

21. Welche Rolle spielt lokales bzw. traditionelles Wissen in den Grünen Zentren?

Das lokale bäuerliche Wissen und die angewandte bäuerliche Praxis sind Ausgangspunkt für situations- und standortgerechte Integration von Innovationen in das bäuerliche Betriebssystem.

22. Geht die Bundesregierung davon aus, dass die Erhöhung der nationalen Eigenversorgung mit Nahrungsmitteln genügt, um die Abhängigkeit von schwankenden Weltmarktpreisen zu reduzieren?

Wenn nein, welche weiteren Maßnahmen sind nach Meinung der Bundesregierung notwendig, um die Abhängigkeit von Weltmarktpreisen zu reduzieren?

Die Erhöhung der nationalen und regionalen Eigenversorgung mit Nahrungsmitteln ist ein zentraler Faktor und eine wichtige Voraussetzung, Abhängigkeit von schwankenden Weltmarktpreisen zu reduzieren. Dabei geht es nicht nur um Erhöhung der jährlich durchschnittlichen Eigenversorgung aus der eigenen nationalen Produktion, sondern angesichts von Wetterrisiken auch um Stabilisierung der Eigenversorgung auf hohem Niveau durch verbesserte Ertragssicherheit. Weitere Maßnahmen sind notwendig, um die Abhängigkeit von schwankenden Weltmarktpreisen zu verringern, insbesondere strategische Lagerhaltung auf angemessenem Niveau und Informationssysteme für Risikomanagement. Dies gilt besonders für Länder und Regionen, die marktfern sind und wegen mangelnder Infrastruktur hohe Transportkosten haben. Darüber hinaus würde eine Verringerung bestehender innerafrikanischer Handelshemmnisse die positive Wirkung vermehrter regionaler Eigenversorgung stärken.

23. Welche Kriterien zieht die Bundesregierung für die Auswahl der Projektpartner der Grünen Zentren heran?

Zu den potenziellen Projektpartnern zählen Regierungsstellen sowie nationale und internationale Forschungsinstitutionen, Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft. Wichtigste Kriterien für die Auswahl von Projektpartnern sind deren Bereitschaft und Fähigkeit, im Rahmen ihrer Möglichkeiten eigene Ressourcen einzubringen, Eigenverantwortung zu übernehmen und an der Erreichung eines entwicklungspolitischen Ziels mitzuwirken.

24. Welche Partner aus der Privatwirtschaft haben bisher Interesse daran bekundet, sich an den Grünen Zentren zu beteiligen?

Im Mittelpunkt der Beteiligung der Privatwirtschaft steht die Einbeziehung des Privatsektors der einzelnen Länder. Die langjährige Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft hat aber gezeigt, dass auch diese wichtige Beiträge zur Erreichung entwicklungspolitischer Ziele leisten kann. Verschiedene Unternehmen der Agrar- und Ernährungswirtschaft, insbesondere solche, die in der German Food Partnership mitwirken (www.germanfoodpartnership.de), haben Interesse an einer Beteiligung am Aufbau der Grünen Zentren bekundet. Entsprechende Vorschläge werden im Rahmen der Gutachtermissionen in den Ländern geprüft und mit Partnerinstitutionen ergebnisoffen diskutiert.

25. Gibt es bereits konkrete Zusagen von Unternehmen, sich an der Initiative der Grünen Zentren zu beteiligen?

Wenn ja, welche, und wie?

Nein, es gibt keine konkreten Zusagen von Unternehmen sich zu beteiligen.

26. Wie passen die Vorstellungen der Privatwirtschaft, die nach der von ihnen vorgeschlagenen Länderliste die Zusammenarbeit mit Staaten favorisieren, die einen starken Exportsektor aufweisen, mit dem Ziel der Hungerbekämpfung zusammen?

Hungerbekämpfung und Exportorientierung stellen grundsätzlich keinen Widerspruch dar. Viele Länder mit wachsendem grenzüberschreitendem Handel und einer stärkeren Integration in regionale Wirtschaft und Weltwirtschaft können auch Erfolge in der Hungerbekämpfung vorweisen. Die Länder, die derzeit in der engeren Wahl für den Aufbau der Grünen Zentren sind, weisen sowohl überdurchschnittliche Ernährungsunsicherheit als auch eine äußerst schwache Exportorientierung auf. Auch wenn die Stärkung der nationalen Eigenversorgung mit Nahrungsmitteln im Mittelpunkt der Grünen Zentren steht, werden auch Potenziale zur Exportorientierung genutzt werden.

27. Verfolgen die Grünen Zentren den Anspruch, einen Beitrag zur Herstellung von Ernährungssouveränität der entsprechenden Staaten zu leisten, so wie es die Aussage „Afrika kann sich selbst ernähren“ suggeriert?

Wenn ja, inwiefern?

Die deutsche Entwicklungspolitik schreibt seinen Partnern keinen bestimmten Entwicklungsweg vor, sondern bietet den Ländern Unterstützung an, ihre jeweils eigenen Entwicklungsziele unter weitgehender Mobilisierung eigener Ressourcen in eigener Verantwortung zu verfolgen und zu verwirklichen.

28. Wie soll die Partizipation der Zivilgesellschaft und von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in den Projektländern bei der Planung der Grünen Zentren sichergestellt werden?

Deutsche Organisationen der Zivilgesellschaft sind bereits intensiv am Dialog beteiligt. Über ihre dezentralen Strukturen und Partnerorganisationen haben auch diese die Möglichkeit, sich direkt an der Umsetzung der Maßnahmen zu beteiligen. Vorschläge der deutschen Zivilgesellschaft werden in Gutachtermissionen geprüft und mit den Partnerinstitutionen ergebnisoffen diskutiert.

29. Wie will man Kleinbäuerinnen und Kleinbauern erreichen, wenn diese oft in informellen Strukturen arbeiten bzw. organisiert sind?

Ausgangspunkt der Unterstützungsleistungen sind die standortgegebenen Strukturen der kleinbäuerlichen Betriebe. Aufgrund fehlender Infrastruktur und Marktanbindung sind kleinbäuerliche Betriebe oft in ihrer Entscheidungswahl beim Einkauf von Saatgut und Dünger, bei der Finanzierung sowie beim Verkauf ihrer Waren eingeschränkt. Das Vorhaben versucht, die Entscheidungs- und Wahlmöglichkeiten der kleinbäuerlichen Betriebe zu erhöhen. Dabei werden, wo vorhanden, informelle Strukturen genutzt und, wo möglich und sinnvoll, schrittweise formalisiert.

30. Sind im Rahmen der Grünen Zentren auch Angebote an Pastoralistinnen und Pastoralisten vorgesehen?

Wenn ja, welche?

Pro Land sollen gemeinsam mit den beteiligten Akteuren in den Ländern drei Wertschöpfungsketten ausgewählt werden, davon mindestens eine für Grundnahrungsmittel. Prinzipiell sollen hierbei die Angebote der Innovationszentren allen Bewohnern des ländlichen Raumes offenstehen.

31. Wie schlägt sich die angestrebte stärkere Förderung von Frauen in der Landwirtschaft in der Planung der Zentren nieder?

Die besondere Rolle der Frauen in der Landwirtschaft der Länder, die für Grüne Zentren vorgesehen sind, ist bekannt und wird entsprechend berücksichtigt. Im Zuge der Projektprüfungen werden in jedem Land spezielle „Genderanalysen“ durchgeführt mit dem Ziel, Vorschläge für die stärkere Förderung von Frauen zu erarbeiten. Die Erfolgsindikatoren und die Wirkungskontrolle für die Grünen Zentren werden entsprechend ausgerichtet.

32. Wie verliefen die für Juni 2014 anberaumten Sondierungen zur Planung Grüner Zentren in Malawi und Indien?

Mit welchen Regierungsstellen, Organisationen oder Verbänden hat man sich jeweils getroffen?

Welche Vereinbarungen hinsichtlich weiterer Sondierungen wurden ggf. getroffen?

Mit Regierungsstellen in Malawi wurden zwei existierende Colleges als Ausgangspunkte für den Aufbau eines Grünen Zentrums gewählt: das Natural Resources College (LUANAR-NRC) und das Mwimba College. Mit ihnen wurden mögliche Fördermaßnahmen im Rahmen des theoretischen Unterrichts (fachliche Überarbeitung der Lehrpläne und Erweiterung um Themen wie unternehmerisches und marktorientiertes Denken, angepasste Mechanisierung, Bauernorganisationsentwicklung, wertschöpfungskettenspezifisches Fachwissen sowie methodische und fachliche Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften), im Rahmen des praktischen Unterrichts auf dem landwirtschaftlichen Betrieb des Colleges sowie die Einführung einer neuen Smallholder Technical Unit (STU) diskutiert. Bis Ende September 2014 sollen vertiefte Prüfungen erfolgen.

Mit Regierungsstellen in Indien wurden folgende Institutionen als Ausgangspunkte für den Aufbau eines Grünen Zentrums gewählt: National Bank for Agriculture and Rural Development; Agriculture Produce Market Committees; Horticulture Producers Cooperative Marketing and Processing Society; Department of Agriculture and Department of Horticulture in Karnataka, Chief Secretary of the

State Government Karnataka; Bangalore Chamber of Industry and Commerce; Infrastructure Development Department Karnataka; Karnataka Cashew Manufacturers Association; The Cashew Export Promotion Council of India. Vertiefte Prüfungen mit dem Ziel der Festlegung konkreter Arbeitsvorschläge bis Ende September 2014 stehen an.

33. Welche weiteren Sondierungsreisen sind bereits absolviert worden (bitte Details zu den Reisen wie Gesprächspartner vor Ort, Ergebnis der Sondierung angeben), bzw. welche sollen in den kommenden Monaten absolviert werden?

Insgesamt sind 13 Länder für eine Prüfung des Aufbaus Grüner Zentren vorgesehen. Hierzu sind konkrete Prüfmissionen vorgesehen. In Malawi fand die Prüfmission bereits statt (siehe Antwort zu Frage 32). In Indien wurde der bevorstehenden Prüfung eine Sondierungsmission vorgeschaltet (siehe ebenfalls Antwort zu Frage 32).

Land	Sondierungsmissionen	Prüfmissionen
Äthiopien	–	Mitte September 2014
Benin	–	Mitte September 2014
Burkina Faso	–	Termin steht noch nicht fest
Ghana	–	Mitte August 2014
Kamerun	–	Termin steht noch nicht fest
Kenia	–	Ende September 2014
Malawi	–	Juni 2014
Mali	–	Mitte September 2014
Nigeria	–	voraussichtlich Ende September 2014
Sambia	–	voraussichtlich Ende September 2014
Togo	–	Termin steht noch nicht fest
Tunesien	–	Ende August 2014
Indien	Juni 2014	August 2014

34. Welche Pläne existieren für die versprochene wissenschaftliche Beratung und Begleitforschung der Grünen Zentren?

Erste Pläne werden derzeit entwickelt und in Kürze vorgestellt.

- a) Wer soll die Evaluierung durchführen?

Erste Pläne werden derzeit entwickelt und in Kürze vorgestellt.

- b) Was sind die Kriterien der Evaluation?

Erste Pläne werden derzeit entwickelt und in Kürze vorgestellt.

35. Warum hat sich das BMZ bei der Planung eines Grünen Zentrums in Mali entschlossen, dieses in Kooperation mit dem Institut IPR/IFRA (Institut Polytechnique Rural de Formation et de Recherche Appliquée) aufzubauen (Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 120 auf Bundestagsdrucksache 18/1378)?

Mit dem Institut IPR/IFRA bestehen bereits Erfahrungen in der Zusammenarbeit. Seit August 2012 arbeitet das Landwirtschaftsprogramm „Unterstützung des nationalen Programms für nachhaltige Kleinbewässerungslandwirtschaft“ (PASSIP) im Rahmen der Technischen Zusammenarbeit mit IPR/IFRA zusammen. Im Rahmen des „Grünen Zentrums“ soll diese bestehende Kooperation weiter ausgebaut werden.

36. Welche konkreten Projekte und Projektpläne hat das BMZ bereits mit Mali im Rahmen des Grünen Zentrums abgeschlossen?

Bei den letzten deutsch-malischen Regierungsverhandlungen am 21. und 22. Mai 2014 in Bamako hat das BMZ der malischen Seite zusätzliche Mittel in Höhe von 1,5 Mio. Euro zum Aufbau eines „Grünen Innovationszentrums“ am IPR/IFRA im Rahmen des Landwirtschaftsprogramms „Unterstützung des nationalen Programms für nachhaltige Kleinbewässerungslandwirtschaft“ (PASSIP) zugesagt. Ziel ist es, die angewandte Forschung und die Ausbildung im Bereich Landwirtschaft dadurch zu stärken.

37. Wie sehen die weiteren konkreten Schritte für das Grüne Zentrum in Mali aus?

Als nächster Schritt ist die Entsendung einer interdisziplinären Prüfmision im September 2014 vorgesehen.

38. Gibt es eine konkrete Projektbeschreibung des Grünen Zentrums in Mali?

Wie sieht diese aus (bitte beifügen)?

Die genaue Ausgestaltung der im Rahmen des „Grünen Zentrums“ vorgesehenen Maßnahmen steht erst nach der Prüfmision fest.

39. Für welchen Zeitraum ist die Unterstützung des Grünen Zentrums in Mali durch die Bundesregierung angedacht?

Die bei den Regierungsverhandlungen erfolgte Mittelzusage soll der Umsetzung einer ersten Komponente des Vorhabens „Grünes Zentrum“ mit einer zwei- bis dreijährigen Laufzeit dienen. Es ist aber geplant, das Vorhaben auch über das Jahr 2015 hinaus fortzusetzen.

40. Wie soll die Finanzierung des Grünen Zentrums in Mali konkret aussehen?

Welche finanziellen Planungen hat das BMZ für den Zeitraum 2014 bis 2016 (bitte Angaben für jedes Jahr aufgeschlüsselt nach konkreten Projekten angeben)?

Die erste Komponente des Vorhabens „Grünes Zentrum“ wird mit 1,5 Mio. Euro aus den Zusagen der Regierungsverhandlungen 2014 finanziert. Die Prüfmision im September 2014 soll den darüber hinausgehenden Finanzbedarf ermitteln. Diese Mittel sollen dann aus dem Haushaltstitel „Eine Welt ohne Hunger“ noch im Jahr 2014 und/oder im Jahr 2015 zur Verfügung gestellt werden.

41. Gibt es beim Aufbau des Grünen Zentrums in Mali weitere Partner vor Ort oder nach Kenntnis der Bundesregierung eine Zusammenarbeit mit deutschen NGOs (außer dem IPR/IFRA bzw. gemeinsam mit dem IPR/IFRA), und wenn ja, welche?

Ein Ziel des Vorhabens ist es, die akademische und breitenwirksame Ausbildung in Mali zu verstärken. Dabei werden vier bis fünf weitere malische Fortbildungszentren einbezogen. Darüber hinaus findet eine enge Abstimmung mit WASCAL (West African Science Service Center on Climate Change and Adapted Land Use) statt, einer internationalen und interdisziplinären Forschungsinitiative, die ebenfalls mit IPR/IFRA im Bereich Klimawandel zusammenarbeitet. Die Mög-

lichkeit einer Zusammenarbeit mit deutschen NRO wird derzeit geprüft.

42. Inwieweit sind in die weiteren Planungen für das Grüne Zentrum in Mali auch lokale und nationale landwirtschaftliche Entscheidungsträger eingebunden (u. a. Bauernorganisationen, Landwirtschaftsministerium)?

Das Ministerium für ländliche Entwicklung ist der politische Träger des Vorhabens „Grünes Zentrum“. In die weiteren Planungen für das Grüne Zentrum sollen auch andere involvierte Institutionen und Organisationen eingebunden werden, wie z. B. das Ministerium für Wissenschaft und Bildung mit den Direktionen für höhere und berufliche Ausbildung, dezentrierte staatliche Dienste des Ministeriums für ländliche Entwicklung, Gebietskörperschaften, die Landwirtschaftskammern (national und regionale) und andere zivilgesellschaftliche und private Partner.

43. Ist das Grüne Zentrum in Mali als Pilotprojekt gedacht?

Das Grüne Zentrum in Mali ist das erste von zehn Innovationszentren weltweit.

44. Wie genau soll die vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Gerd Müller, formulierte Vernetzung der „bestehenden Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen in Mali“ (www.bmz.de/de/presse/reden/minister_mueller/2014/Mai/20140530_beitrag_e_und_z.html) konkret aussehen?

Welche Rolle wird darin das Institut IPR/IFRA in Katibougou konkret spielen?

Die Zusammenarbeit relevanter malischer Aus- und Fortbildungszentren soll durch die Verbesserung der akademischen Vernetzung und des fachlichen Austauschs im Land und in der Region optimiert werden. Das IPR/IFRA verfügt über sehr breite Expertise, die es im Rahmen wissenschaftlicher Plattformen anderen Aus- und Fortbildungszentren zur Verfügung stellen kann. Dem IPR/IFRA kommt damit eine zentrale Rolle im zu gründenden Netzwerk zu.

45. Welche Projekte des Grünen Zentrums in Mali sind im Rahmen des erklärten Ziels des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Gerd Müller, die „Erträge der kleinbäuerlichen Betriebe nachhaltig zu steigern und die gesamte Wertschöpfung in der Region – vom Acker bis zum Teller“ (www.bmz.de/de/presse/reden/minister_mueller/2014/Mai/20140530_beitrag_e_und_z.html) zu erhöhen, bezogen auf den explizit genannten Bereich Bewässerung konkret geplant (bitte auflisten, inklusive Projektbeschreibung(en))?

Dies bezieht sich insbesondere auf das vom BMZ durchgeführte und von der Europäischen Union und Kanada kofinanzierte Kleinbewässerungsprogramm. Durch die Einbettung des Grünen Zentrums in dieses große Investitions- und Beratungsprogramm wird ein wichtiger Beitrag zur Befriedigung des hohen Bedarfs an Forschung und Ausbildung in Mali geleistet.

Der Entwicklungspolitische Rundbrief wird herausgegeben von:

Heike Hänsel, MdB

Niema Movassat, MdB

Entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE und Vorsitzende des Unterausschusses Vereinte Nationen, internationale Organisationen und Globalisierung

Sprecher für Welternährung, Obmann der Fraktion DIE LINKE im Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Deutscher Bundestag

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

11011 Berlin

Telefon: 030 227-73179

Telefon: 030 227-71760

Fax: 030 227-76179

Fax: 030 227-76663

heike.haensel@bundestag.de

niema.movassat@bundestag.de

Mitarbeiter/innen:

Mitarbeiter/innen:

Carlos Hainsfurth

Dr. Birgit Bock-Luna

Harald Neuber

Andreas Grünewald

Henning Zierock

Manuel Faber

Nicolai Röschert

Dr. Alexander King, Referent für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Telefon: 030 227-52802

alexander.king@linksfraktion.de